Lebensschutz-Informationen
LSI



Stimme des Gewissens

Herausgeber: COLLEGIUM HUMANUM Akademie für Umwelt und Lebensschutz e.V. (vormals WSL-D)

36. Jahrgang Nr. 4 Juli / August 2005

Ein Volk würde ein anderes Bild bieten, wenn es wirklich ein Volk, eine einzige große Familie wäre. In einer Familie fühlt sich jedes Mitglied für das andere verantwortlich.
Alle für jeden, jeder für alle. Stattdessen lebt man in unseren großen Völkerfamilien nach dem geheimen Grundsatz: Jeder für sich, alle für mich.

Christian Morgenstern, Stufen, Eintragung 1906

Der Fluch der späten Geburt

Helmut Kohl sprach von der **„Gnade der späten Geburt“**. Gnade, weil es dieser Generation erspart blieb, unschuldige Menschen zu ermorden.

Doch bei genauerer Betrachtung **wird die Gnade zum Fluch**. Fluch, weil diese Generation schutzlos einer Lügenflut sondergleichen ausgesetzt wurde, einseitige Programmierung von Geburt an. Nun wissen sie nicht mehr, wer sie selber sind und was ihre Väter und Mütter waren.

Wer nicht weiß, was er ist, kann auch nicht wissen, was er werden soll. Fad und sinnlos wird das Leben, aller Werte beraubt. Es wird nicht zufällig von einer wachsenden Schar Jugendlicher, ja sogar Kindern, da eben wertlos, fortgeworfen, in Rausch und Sucht und Motorraserei, und auch in unmittelbarem Selbstmord.

60 Jahre Fremdherrschaft und Feindpropaganda gehen nicht spurlos an einem Volk vorüber.

In besonderer Weise sind hiervon die Polizei und die Justiz betroffen.

Sie sind umso mehr betroffen, da beide auf das Grundgesetz des Staates verpflichtet sind. Dieser aber ist bei näherer Betrachtung gar nicht unser, der deutsche Staat, sondern ein Konstrukt der Siegermächte. Dennoch wird, insbesondere seit Vereinigung von BRD und DDR, der Schein erweckt und aufrecht erhalten, dies sei ein souveräner deutscher Staat.

Die Justiz

Alle Politiker, die Mehrzahl der Bundesbürger und auch der Juristen vertreten dies mit Nachdruck. Inzwischen gilt es als Beleidigung der Bundesrepublik, wenn in Frage gestellt wird, daß sie die legitime Nachfolgerin des Deutschen Reiches sei.

Bei Gericht werden die Urteile zwar nicht im Namen des deutschen Volkes gesprochen, aber es wird so getan, als ob das gemeint sei, wenn es heißt „Im Namen des Volkes“.

Wir können sicher sein, daß dieses Dilemma auch einigen der Richter inzwischen bewußt geworden ist. Zu oft wurde der tatsächliche Sachverhalt bei Gericht vorgetragen. (s. auch Stimme des Gewissens Nr. 2 / 2004 „55 Jahre Grundgesetz“)

Noch belastender aber ist die Unvereinbarkeit von § 130 Volksverhetzung mit dem Grundrecht auf Meinungs- und Pressefreiheit. Die Siegermächte haben die Alleinschuld Deutschlands am Zweiten Weltkrieg, den Genozid an den Juden – genannt Holocaust – und den Nationalsozialismus als schlimmstes Verbrechersystem aller Zeiten verbindlich festgeschrieben, damit zugleich eine untilgbare Schuld der Deutschen.

Jährlich finden seit mehr als zehn Jahren in der Bundesrepublik etwa acht- bis neuntausend Prozesse wegen Verstoßes gegen dieses tabuisierte Geschichtsbild statt, in der Mehrzahl Verbaldelikte, d.h. Meinungsäußerungen in Schrift und Rede. 2004 waren es nach amtlichen Angaben sogar mehr als 12.000 solcher Prozesse gegen Rechtsextremismus – wie das genannt wird. Die Zunahme dieser rechten Straftaten beruht nicht zuletzt auf dem Artikel des Spiegel-Redakteurs **Fritjof Meyer „Die Zahl der Opfer von Auschwitz – Neue Erkenntnisse durch neue Archivfunde“**.

Statt sich mit den von Revisionisten seit Jahrzehnten vorgetragenen Forschungsergebnissen, die das tabuisierte Bild in Frage stellen, wissenschaftlich auseinanderzusetzen, wurde ein Gesetz erlassen, das jede Wahrheitsermittlung verbietet und trotz der „neuen Erkenntnisse“ weiter angewendet wird.

Auch hier können wir davon ausgehen, daß nicht wenige Richter und Staatsanwälte die juristischen Widersinnigkeiten längst erkannt haben, daran leiden und sich in ihrer Existenz als Juristen in Frage gestellt sehen. Es geht nicht mehr um Wahrheitsfindung in diesen tausenden Prozessen, sondern lediglich um das Durchsetzen der von den Siegern verlangten Beurteilung. **„Wir haben ein Gesetz“**, und so ist es. Punktum!

Immer wieder erleben Angeklagte nach § 130 Volksverhetzung, wie Staatsanwalt oder Richter emotional, zynisch und ausfallend reagieren, vielleicht die Auswirkung dieser auch für sie unerträglichen Lage, die ihnen zugemutet wird. Es gibt aber auch zunehmend andere Verhaltensweisen.

Die Unvereinbarkeit dieser Gerichtspraxis mit allen juristischen Grundsätzen und mit dem Auftrag der Wahrheitsfindung bei Gericht ist nicht mehr zu übersehen. Es bleibt nur die Frage zu stellen: wie lange werden Richter und Staatsanwälte dieses Spiel, das gegen ihr eigenes Volk gerichtet ist, noch mitmachen? Auch sie sind Deutsche, wenn auch belastet mit **dem Fluch der späten Geburt**.

Die Polizei

Handelt es sich bei den Juristen um eine Gewissensfrage, um eine seelisch-geistige Zerreißprobe, so muß die Polizei buchstäblich ihre Haut zu Markte tragen als Ergebnis der fremdbestimmten Politik in der Bundesrepublik. Wollen Deutsche schicksalsschwerer deutscher Tage gedenken, z.B. der Ermordung von Rudolf Heß, der Zerstörung Dresdens oder des 8. Mai, so melden Linksextremisten sofort eine Gegendemonstration an, um eine solche deutsche Kundgebung – auch mit Gewalt – zu verhindern. Ganze Hundertschaften von Polizisten müssen eingesetzt werden, damit die friedliche Kundgebung der „Rechten“ durchgeführt werden kann.

Das wiederum reizt die Linken, die nun die Polizisten als ihre Feinde erkennen und mit Steinen, Bierflaschen und was sonst zur Hand ist bewerfen.

Statt eine Gegendemonstration zur Verhinderung einer grundgesetzlich garantierten Kundgebung zu untersagen, wird die Polizei zum Büttel der antideutschen Politik gemacht.

Mindestens genauso gewalttätig sind die Auseinandersetzungen mit kriminellen Ausländern. Sie greifen mit Messer und Schußwaffen diensttuende Polizisten an, und diesen bleibt nichts anderes übrig, als sich mit Härte durchzusetzen. Das aber führt nicht selten zur Anklage wegen Gewaltanwendung gegen Ausländer oder Ausländerdiskriminierung und Rassismus, denn auf Grund des Holocaust gelten Ausländer in diesem Land als besonders schützenswert. Wen wundert es, daß diese dann selbstsicher auf ihrem vermeintlichen Recht bestehen und es sogar gewalttätig durchsetzen wollen? Von Bundespolitikern veranlaßte Lichterketten gegen den „Ausländerhaß der Deutschen“ tun ein übriges.

Die Medien dürfen keine Angaben über die Zahl der verletzten und im Dienst ermordeten Polizisten machen, auch nicht den Anteil der Ausländer an den Straftaten nennen. Die Gerichte fallen der Polizei ebenfalls offen in den Rücken, indem sie von dieser mit Mühe dingfest gemachte jugendliche Straftäter gleich wieder auf freien Fuß setzen. Auch die Politiker, ihre Arbeitgeber, stehen ebenfalls nicht zu ihren Beamten, sondern sie streichen lieber Stellen und Mittel, anstatt bei zunehmender Kriminalität die Polizeikräfte zu verstärken. (zunehmende Kriminalität auf Grund ihrer Globalisierungspolitik)

Ein Mißbrauch der Polizei ist es auch, wenn sie immer wieder zusammen mit Staatsschutzbeamten Hausdurchsuchungen zur Beschlagnahme von Schriften und Schreibgeräten durchführen muß. Mit Presse- und Meinungsfreiheit ist das unvereinbar, und dies erkennen auch die Staatsschützer und die Polizisten mehr und mehr. Diejenigen, bei denen die Hausdurchsuchung durchgeführt wird, sehen in den Polizisten vielfach ihre Feinde. Die Polizisten, die sich in manchen Fällen provoziert fühlen, rasten gelegentlich aus. Kein Wunder, stehen sie doch tatsächlich als Prügelknaben der Nation zwischen allen Fronten.

Auch sie sind Deutsche und wissen genau, wer sie mit Steinen bewirft, und wer „Deutschland verrecke“ brüllt. Wie lange wollen sie sich noch mißbrauchen lassen im Interesse unserer Feinde gegen das eigene Volk?

„Divide et impera“ ist seit eh und je die Methode der Feinde zur Festigung von Herrschaft gewesen. Sie funktioniert nur, wenn die zu Beherrschenden sich gegeneinander ausspielen lassen.

Ursula Haverbeck

Volksverhetzung – gegen das Deutsche Volk
Nur zwei Beispiele von unendlich vielen

Gefährlicher Badespaß

Am 24. Juni stahlen Jugendliche einem 21jährigen Deutschen in einem Karlsruher Freibad Feuerzeug und Zigaretten. Als er die Gruppe zur Rede stellte, wurde er von einem Dutzend Jungtürken in die Mangel genommen und bewußtlos geschlagen bzw. getreten. Auch seine Freundin, die sich schützend über den Verletzten warf, wurde verprügelt. Nur das mutige Eingreifen eines 42jährigen verhinderte Schlimmeres. Das Opfer mußte eine Woche lang in einer Karlsruher Klinik behandelt werden. Wie hierzulande üblich, hat man die Volkszugehörigkeit der Kriminellen zunächst verschwiegen. Nun mußte die Polizei einräumen: Alle sind Türken.

Viel Spaß und gute Erholung beim nächsten Badbesuch! (Schade, daß die politisch Verantwortlichen aller großen Parteien dort keine Prügel beziehen. Für ihre Zuwanderungspolitik hätten sie freilich noch härtere Strafen verdient.)

H.R.

Linzer Altstadt probt den Rassenkrieg

Gegen 4 Uhr früh kam es in der Nacht von Freitag auf Samstag zu einem wüsten Tumult im sogenannten „Bermudadreieck" der Linzer Altstadt. Ein Menschenauflauf von etwa 100 Leuten stand zahlreichen Polizeikräften gegenüber.

Grund war die Festnahme eines zuvor gewalttätig aufgefallenen Negers. Als der Mann abgeführt werden sollte, warf sich eine verrückt gewordene, schreiende Schwarze vor das Polizeiauto. Durch den Lärm wurde die ganze Altstadt aufgescheucht. Aus allen Lokalen strömten vorwiegend Schwarze aber auch Weiße, um sich sofort an dem Widerstand gegen die Festnahme zu beteiligen. Man stelle sich vor: Drei Polizeibeamte nehmen einen Schwarzen fest, wollen im Dienstwagen abfahren und werden von einer Menschenmasse umzingelt und daran gehindert. Drohungen, man werde die Polizisten verprügeln und den Wagen anzünden, wurden ausgesprochen. Als die Polizisten das Polizeiauto zurückließen und zu Fuß das Weite suchten, wurden alle 16 Streifenwagenbesatzungen der Stadt Linz, die Spezialeinheit Cobra und Sektorenstreifen aus den umliegenden Bezirken angefordert, um gemeinsam das außer Kontrolle geratene, ghettoisierte Viertel zu betreten.

Die völlig aufgebrachte Menge leistete weiterhin erheblichen Widerstand. Die multikulturelle Menschenmasse probte den Rassenkrieg in der Linzer Altstadt. Begleitet von Rufen wie „Bullenschweine", „Faschisten", „Rassisten-Polizisten" usw. griffen immer wieder kleine Gruppen von Negern Polizeibeamte an und versuchten diese zu verletzen.

Nur mit Mühe und Not konnten die Wildgewordenen zurückgeknüppelt werden.

Gegen 6 Uhr früh ordnete der Einsatzleiter der Polizei den Rückzug an, um eine weitere Eskalation zu verhindern. Die Polizei gab damit symbolisch das Altstadtviertel auf und erklärte es zur rechtsfreien Zone.

Das Ergebnis: fünf verhaftete Schwarzafrikaner, zwei verletzte Polizisten und die Erkenntnis, daß nur mehr massivstes Polizeiaufgebot es erlaubt, auch nur die kleinsten exekutiven Handlungen durchzusetzen.

(Quelle: www.aktion-sichere-zukunft.at)

> Ein wirklich leistungsfähiger totalitärer Staat wäre ein solcher, in dem die allmächtige Verwaltung der politischen Bonzen und ihre Armee von Führern eine Bevölkerung von Sklaven kontrollieren würden, die nicht in ihre Knechtschaft gezwungen werden müßten, sondern die sie lieben. Jene dazu zu bringen, sie zu lieben, ist die Aufgabe die den heutigen totalitären Staaten, den Propagandaministerien, den Herausgebern von Zeitungen und den Lehrern übertragen wurde (...) Die größten Propagandatriumphe werden nicht dadurch vollbracht, daß etwas getan wurde, sondern dadurch, daß man sich enthielt, etwas zu tun. Wahrheit ist großartig, aber in praktischer Hinsicht ist es noch großartiger, die Wahrheit zu verschweigen.
>
> Aldous Huxley, *Brave New World*

AUS DEM INHALT — **Seite**

Rassenkrieg in Portugal?

Am 10. Juni 2005, dem portugiesischen Nationalfeiertag, lagerten auf Carcavelos, dem beliebten Badestrand Lissabons, Tausende von Badegästen. Da schwärmten plötzlich mehr als tausend **schwarze** Jugendliche portugiesischer Staatsbürgerschaft aus. die sich offenbar zuvor zu dem Verbrechen verabredet hatten, um die Badegäste auszurauben.

Und so gingen sie vor: Jeweils fünf bis sechs von ihnen entrissen den sonnenbadenden Müttern ihre Kinder und rannten davon. In panischer Angst nahmen darauf die Mütter die Verfolgung der Kidnapper auf, während andere blitzschnell die zurückgebliebenen Handtaschen an sich rissen und das Weite suchten.

Die Polizei mußte Warnschüsse abfeuern, um die Banden in die Slums zurückzuscheuchen, in denen sie sich zuvor zu einer ethnisch bestimmten und perfekt organisierten Massenbewegung zusammengeschlossen hatten.

Warum verschwiegen die Medien, die beim Aufstand von Spaniern gegen Marokkaner in Elegido vor einigen Jahren so engagiert Kritik geübt hatten, den rassistischen Charakter des Verbrechens? Etwa weil das Konzept Kalergis, das ja die Afrikanisierung und Moslemisierung Europas vorsieht, nicht vorschnell ruchbar werden soll".

Etwa, weil diese Ereignisse eine Zeitreise in die Zukunft des „multikulturellen Europas" der Brüsseler Antidemokraten erlaubt? Etwa weil die Täter Schwarze waren und die Opfer Weiße?

Unser Mitleid sollte aber nicht nur den Müttern und Kindern, den weißen Opfern vom Strande von Carcavelos gelten, sondern auch den jugendlichen Schwarzen, also den Tätern: Den wahnwitzigen Utopien einiger Paneuropäer in Brüssel zuliebe wurden bereits deren Eltern ins Land gelockt. Nun leben die Nachkommen ohne Perspektiven in den Ghettos der Vorstädte. Nicht nur, weil sie keine Ausbildung haben.

Auch auf rassische Minderbegabung kann das Problem nicht reduziert werden: Weil sie ihrer Tradition, ihrer Kultur, ihrer Sprache und ihres geschlossenen Siedlungsgebietes beraubt wurden, haben sie allen Halt verloren. Beide – Eingewanderte und Eingeborene – sind Opfer derselben Täter, bedroht an demselben Gut: an der Verfügungsgewalt (Demokratie) über ein eigenes Territorium (Vaterland). Damit Hand in Hand droht der Verlust der ethnischen Identität: Wer Kalergi kennt, weiß allerdings, daß alles dies ja auch so geplant ist.

Nicht auszudenken übrigens, was geschähe, wenn etwa Väter künftig vom geltenden Notwehrrecht Gebrauch machten und bei ähnlichen Aktionen ihre Kinder an den Stränden von Portugal mit Waffengewalt, etwa mittels künftig mitgeführter legaler Schußwaffen verteidigen!

Von einem Leser aus Portugal eingesandt.

Völker, höret die Signale!

Während unsere ganz Gescheiten im Lande noch über die Verschwörungstheorien lächeln, werden sie selbst schon Opfer ihrer praktischen Umsetzung. Wie alle anderen, so hängen auch die Besserwisser in dem Netz, an dem ständig still gewoben wird. Und die große Spinne saugt auch sie aus, „im Namen von Freiheit, Demokratie und Menschenrechten" – frei nach dem nach „Neusprech" von George Orwells „1984".

Sprechende Tatsachen

Jean Claude Juncker, Vorsitzender der EU-Kommission, äußerte sich gegenüber dem SPIEGEL (April 2004) bezüglich der demokratiepolitischen Lage in der EU so: „Wir beschließen etwas, stellen es dann in den Raum und warten einige Zeit ab, ob was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei und keine Aufstände gibt, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter, Schritt für Schritt, bis es kein zurück mehr gibt." – Warum hören wir nicht, wen er meint, wenn er von „wir" spricht; und wohin führen die weiteren Schritte?

Siegfried Kauder sagte als Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag (**Plenarprotokoll 15/97 vom 11.3.2004** über die 2, und 3. Lesung des Gesetzes über den Europäischen Haftbefehl): „Sehenden Auges liefern wir deutsche Staatsbürger in ungeklärte Verhältnisse im Ausland aus ... Wir werden diesem Gesetz zur Umsetzung des Rahmenbeschlusses mit Tränen in den Augen und murrend zustimmen, weil wir keine andere Möglichkeit haben." Der Abgeordnete sagte nicht, wer da stärker ist als das Grundgesetz und den Volksvertretern deshalb vorschreiben kann, was sie zu beschließen haben. Wozu noch Parlamentsbeschlüsse?

Der ehemalige holländische **EU-Kommissar Frits Bolkestein** ließ durchblicken, daß die beteiligten Mandatsträger in der Frage des EU-Beitritts der Türkei unter einem enormen Zustimmungsdruck stehen. Er sagte nicht, wer Druck ausübt, und auf welche Weise. **Professor Dr. Eberhard Hamer**, einer der unterlegenen Verteidiger der D-Mark vor dem Bundesverfassungsgericht. spricht es offen aus. In seinem Artikel über den Welt-Geldbetrug schreibt er: „Auch mit Veröffentlichung dieses Geldbetrugssystems wird kein Aufschrei durch die Welt gehen. Man wird dies als ‚Verschwörungstheorie' oder als ‚Antiamerikanismus' oder sogar als ‚Antisemitismus' (Rothschild) abtun oder solche Veröffentlichungen ganz zu verhindern versuchen, denn

immerhin gehören der US-Hochfinanz auch wesentliche Teile der Print- und Bildschirmmedien überall in der Welt."

Wohin läuft es?

Professor Hamer trifft mit der zitierten Bemerkung wohl zweimal ins Schwarze. Er erkennt den globalen Zugriff der Hochfinanz; und er kennt die Methoden, die dem Bürger politisch korrektes Verhalten eintrichtern und ihn einschläfern. Schon die ersten Warnungen vor dem „ökonomisch fundierten Imperialismus" – kurz Wirtschaftsimperialismus –, die **Carl Schmitt** im Jahre 1927 ausgestoßen hatte, wurden überhört.

Jetzt legen sich die Stricke immer enger um die Völker und um jeden einzelnen Bürger. Doch alles schweigt, jedenfalls herrscht dort Schweigen, wo der Aufschrei notwendig wäre: in den verantwortlichen Führungsgremien und in den sog. Medien! Die „Schritte" werden beiläufig vielleicht erwähnt, aber nicht bewertet.

Eine Aufzählung – ohne Garantie auf Vollständigkeit – der in auffallender Dichte jüngst eingeführten oder demnächst zu erwartenden Gesetze für Überwachungs- und Zwangsmaßnahmen (ohne inhaltliche Ausmalungen): **Gesetz über einen europäischen Haftbefehl (EuHbG, gültig seit 23.8.2004), Antidiskriminierungsgesetz (in Vorbereitung), Reisepaß mit biometrischen Daten, unbeschränkter Einblick des Finanzamtes in die privaten Bankkonten (seit 1.4 2005), rechtmäßiges Eindringen in Computer und Abhören der Telefongespräche mit verlängerter Speicherung der Daten (ein Jahr), Überwachung der elektronischen Nachrichtenwege (Anweisungen an die sog. Provider), Ausfachung der Notstandsgesetze, Einschränkung des Versammlungsrechts, Verschärfung des § 130 StGB.**

Als Vorbereitung für Kommendes können auch einige begleitende Vorgänge verstanden werden. Ihre nachteiligen Folgen für das Gemeinwesen, für die Wirtschaft und für den einzelnen Bürger werden hingenommen und durch die genannten Überwachungs- und Zwangsmaßnahmen auch noch abgesichert. Es seien genannt: Abbau bisher vorgeschriebener (z.B. Meisterprüfung) und Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen, Dienstleistungsrichtlinie (mit „Herkunftslandsprinzip": begünstige ausländische Unternehmen), Übertragung von Bau und Betrieb von Autobahnabschnitten an Privatunternehmer als erster Schritt zur Ausweitung der Autobahnmaut auf den PKW-Verkehr (später: Bewegungskontrolle der Bürger).

Gleichsinnig wirken z.B. Gefälligkeitsregelungen bei der widerrechtlichen Doppelstaatlichkeit von Türken (ca. 50.000) und der Einschleusung vieler Hunderttausender oder von Wirtschaftsflüchtlingen mit einem hohem Anteil Krimineller aus 19 Nicht-EU-Staaten in Europa bzw. aus Asien und Afrika mittels erleichterter Visumausgabe.

Die Visa-Affäre ist nach alten staatspolitischen Maßstäben ein Skandal; das intrigierende Zusammenspiel des Außen- und des Innenministeriums hätte früher zum sofortigen Sturz der verantwortlichen Minister geführt. Hier hat man jedoch den Eindruck, daß alle Beteiligten das stillvergnügte Einverständnis der relevanten Kräfte erkannt haben. Also wird die „Affäre" folgenfrei bleiben.

Der Visa-Skandal hat aber noch eine zweite Seite. Das Hereinholen Fremder in großen Mengen nach Deutschland entspricht dem Vorschlag des **US-Professors Hooton** (1944), die Deutschen „umzuzüchten". Den Hooton-Plan zur Zerstörung der deutschen Identität haben die GRÜNEN mit dem Ruf **„Laßt uns mit den Deutschen nicht allein!"** faktisch zu ihrem Wahlprogramm gemacht. Und **Joschka Fischer** spricht in seinem Buch „Risiko Deutschland"" – noch deutlicher – vom **„Ausdünnen der Deutschen durch verstärkte Einwanderung"**. Die Ideologie scheint mitunter das Denken zu vernebeln, denn die Umzüchter vergessen dabei ihr Dogma, daß alle Menschen gleich sind. Insgeheim glauben wohl auch sie an gewisse Naturgesetze, die sie nach außen hin bestreiten.

Alois Mitterer

Das Internationale Militärtribunal in Nürnberg 1945/46

Nach Herbert Fritzsche, „Vor dem Tribunal der Sieger"

Wie kam die Vorstellung von der Alleinkriegsschuld der Deutschen in deutsche Köpfe?

„Der Chefkommentator": Mit diesem Titel bezeichnet der englische Schriftsteller **Saunders** in seinem Buch **„Das Forum der Rache"** (Druffel-Verlag 1986) den Chefkommentator für den deutschen Rundfunk, **Gaston Ullmann**.

Dieser zementierte die deutsche Kriegsschuld". Wenn ein einziger Mann die deutsche Kriegsschuld zementieren konnte, so dürfen wir daraus schließen, daß sie sehr oberflächlich und nebensächlich im Tribunal behandelt worden ist. Und ferner, daß das Tribunal einen einzigen Mann beauftragte, in völlig einseitiger Weise die deutsche Öffentlichkeit zu informieren. Tatsächlich hatte er die Möglichkeit, über fünf deutsche Sender 15 Minuten am Tag zu sprechen. Die große Mehrheit der Deutschen konnte den Gang der Nürnberger Verhandlungen nur durch die Brille des Mannes, der sich Gaston Ullmann nannte, verfolgen. Und sie kannte auf diese Weise nur die unerhörte Schärfe des Urteils dieses Mannes, der es offenbar verstand, die Gemüter der sowieso in jenen Monaten erregten Bevölkerung gegen die angeklagte nationalsozialistische Führung aufzubringen.

Unter diesen 21 Angeklagten war auch **Herbert Fritzsche** (H.Fr.). Er war der Leiter der Rundfunkabteilung im Propagandaministerium gewesen, der über die ganzen 11 Monate des Tribunals seine Aufzeichnun-

gen machte, und neben zwei weiteren Angeklagten am Ende freigesprochen wurde. Diese Aufzeichnungen sind nach seinem Tod von seiner Frau 1981 veröffentlicht unter dem Titel „**Vor dem Tribunal der Sieger**" mit dem Untertitel „Gesetzlose Justiz in Nürnberg". Er beschreibt, daß er eines Tages den Gaston Ullmann auf der Journalistenbank entdeckte. Nicht der Name, wohl aber dessen Gesicht riefen einige Erinnerungen in H. Fr. an die Oberfläche, aus seiner Zeit als Journalist im Saarland und in Berlin. Dieser Ullmann hatte einige Skandale verursacht, die ihn ins Gefängnis brachten. Als er entlassen worden war, wandte er sich in Berlin an einen Hilfsfond für Journalisten, um mit dem Geld dann zu verschwinden. H. Fr. veranlaßte seinen Anwalt, ihm einige Fragen nach seinem Beruf in Berlin und Westdeutschland vorzulegen. Der Mann wich aus und antwortete, er sei Cubaner. Der Rechtsanwalt entgegnete, daß H. Fr. behaupte, er sei Deutscher. Seine Erwiderung lautete: wenn ich Deutscher wäre, hätte ich mir ob der Schande längst eine Kugel durch den Kopf geschossen. Dann erkundigte sich H. Fr. bei dem amerikanischen **Dr. Gilbert**, ob ihm, dem Psychologen, denn noch nichts an dem Mann aufgefallen sei. Diesmal war die Antwort: Er ist unser wichtigster Mann.

Die unerhört scharfen und überspitzen Kommentare dieses Mannes waren ein Schock für das deutsche Volk. Elf Monate lang wiederholt, blieben sie auch in den Köpfen des deutschen Volkes stecken. Und es wird weit mehr als 100 mal gewesen sein, daß der Chefreporter die alleinige Kriegsschuld den Deutschen zuwies, und dieses so zementierte, daß es bis heute aus den Köpfen vieler Deutscher und auch der nachgeborenen Politiker nicht wieder herauszubringen ist.

Dieser zwielichtige Mann tauchte gleich nach Beendigung des Tribunals, zunächst im Saarland, dann in Paris unter. Dort wurde er bereits steckbrieflich gesucht und wegen Betruges, falscher Namensführung und falscher Papiere sowie unberechtigten Tragens einer Uniform zu Gefängnis verurteilt. Seinem Gesuch, ihn nach Israel zu entlassen, kamen die Franzosen nicht nach.

Ulrich Schmiedel

Weniger Einwanderung, mehr Einbürgerung

(www.tagesschau.de/aktuell/meldungen)

Die Zahl der Menschen nichtdeutscher Herkunft in der Bundesrepublik hat stark zugenommen. „Über 14 Millionen Menschen, also fast jeder fünfte Einwohner, haben einen Migrationshintergund – unabhängig von ihrer deutschen oder ausländischen Staatsangehörigkeit", erklärte die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Marieluise Beck. Nach dem Bericht zur Lage der Ausländer in Deutschland habe jedes vierte Kind einen ausländischen Elternteil. In einigen Ballungsgebieten stammten 40 Prozent der Jugendlichen aus Migrantenfamilien.

Diese Tendenz werde sich in Zukunft noch verstärken, sagte die Migrationsbeauftragte: „Kulturelle und religiöse Vielfalt werden das Leben in unserer alternden Gesellschaft von Generation zu Generation stärker kennzeichnen." Dies berge Konflikte und sei eine Herausforderung: „Multikulturalität ist schlicht die Tatsache, Integration die Aufgabe, die aus dieser Tatsache folgt", sagte Beck.

Insgesamt leben in Deutschland z.Z. 6,7 Millionen Ausländer. Das sind rund 600.000 weniger als vor zwei Jahren. Als Ursache für diesen Rückgang nannte Beck mehr Einbürgerungen und weniger Einwanderung. Insgesamt liege die Zahl der eingebürgerten Ausländer bei 1,8 Millionen.

Das Kriegsziel zur Abschaffung der Deutschen vor der Verwirklichung

Zitate aus deutschen Zeitungen

Das alliierte Kriegsziel Nummer eins lautet: „Abschaffung völkischer Exklusivität... Noch deutlicher hat es der amerikanische Anthropologie-Professor der Harvard-Universität, **Earnest A. Hooton**, ausgesprochen, als er am **4. Januar 1943 in der New Yorker Zeitung PM** unter dem Titel „Sollen wir die Deutschen töten?" folgendes vorschlug: „Während der Besatzungszeit soll die Einwanderung und Ansiedelung von Nicht-Deutschen, insbesondere von Männern, in den deutschen Städten gefördert werden." (nach Dr. O. Mueller, in der FAZ vom 14.2.1992)

Als die Rot-Grüne-Regierung im Amt war, glaubten ihre Akteure, auch Politik für die Restdeutschen machen zu dürfen, da sie sich schließlich als verläßliche Hitler-Hasser und Antinationale glaubhaft ausgewiesen hätten. Vor dem drohenden Untergang des deutschen Volkes erklärte daraufhin Otto Schily: **„Die Grenze der Belastbarkeit Deutschlands zur Zuwanderung ist überschritten."** (Die Welt, 16.11.1998)

Diese Erklärung empfanden die Sieger aus Übersee und Israel als Bruch des Waffenstillstandes. Die Abschaffung des deutschen Volkes, von den Alliierten als Kriegsziel Nummer eins definiert, kann zumindest solange nicht außer Kraft gesetzt werden, solange es keinen Friedensvertrag mit Deutschland gibt, die Kriegsziele also immer noch Gültigkeit besitzen. Die Abschaffung der Deut-

schen dient den Alliierten in vielerlei Hinsicht. Z.B. weiß man in Übersee, daß ein homogenes Volk leistungsstärker ist als ein multikulturell zerrissener Staat, wie uns Ex-US-Botschafter **Richard Burt** versicherte. **„Die Multikulturalität Amerikas wird zu einer wirtschaftlichen Last. Homogene Gesellschaften wie Japan und Deutschland sind auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähiger.“** (FAZ, 14.12.1991)

Deshalb muß Deutschland im Sinne eines fairen globalen Wettbewerbs auf die leistungsschwächere Stufe geprügelt werden. Außerdem gilt die Abschaffung des deutschen Volkes als gerechte Strafe dafür, weil es in Deutschland als einzigem Land auf der Welt eine staatlich getragene antijüdische Politik gab.

Nachdem Schily den Waffenstillstand mit den Alliierten leichtsinnigerweise verletzte, machte man ihm aus Übersee unmißverständlich klar, was von ihm und seiner Regierung verlangt wird. Plötzlich war bei Schily nicht mehr davon die Rede, daß „die Belastbarkeit mit Zuwanderung bereits überschritten ist“. Vielmehr predigte Schily fortan, daß wir unbedingt noch mehr Zuwanderung bräuchten. Der Befehl, für zusätzliche Zuwanderung zu sorgen, wurde in eine sogenannte UNO-Bevölkerungsstudie gekleidet und als Anordnung an die deutsche Regierung zur Erfüllung weitergeleitet. Gemäß der „Studie“ muß Deutschland in den nächsten 25 Jahren weitere 44 Millionen fremder Menschen aufnehmen.

Mit rapider Abwanderung von Deutschen (aufgrund der hoffnungslosen Lage und der unerträglichen multikulturellen Zustände) sowie der geringen Geburtenrate unter den Deutschen ist damit das Todesurteil über das deutsche Volk gesprochen. Vergegenwärtigt man sich die Wirklichkeit, muß man in Ohnmacht fallen: **„Rund 29 Millionen Menschen strömten zwischen 1950 und 1997 als Arbeitsmigranten, nachziehende Familienangehörige, Aussiedler oder Asylbewerber in die Bundesrepublik.“** (SPIEGEL, 43/2000, S. 42 ff) Neben diesen erschreckenden Zahlen, die ohnehin das Ende des deutschen Volkes auf seinem Siedlungsgebiet bedeuten, müssen zusätzlich 44 Millionen aufgenommen werden, 11 Millionen davon in den nächsten 10 Jahren. Und das alles bei grassierender Arbeitslosigkeit von etwa sieben Millionen (ignoriert man die geschönten Zahlen der Regierung). Das ist das Ende: **„Die Zuwanderung wird wie in den anderen europäischen Staaten das soziale und kulturelle Profil der Bevölkerung tiefgreifend verändern. Die ‚Deutschen‘ werden in einigen Städten ähnlich zur Minderheit werden wie die Angelsachsen in amerikanischen Städten.“** (Süddeutsche, 19.1.2002, S. 9)

Wenn also die deutsche Bevölkerung von Haus aus schrumpft (wegen Abwanderung und Geburtendefizite), dann dürfte es erst recht keine Zuwanderung geben, wie Professor **Herwig Birg** als Direktor des Instituts für Bevölkerungsforschung verlangte, weil dadurch die Restdeutschen in einem Aufwasch verschwinden würden. Kriegsziel erreicht. Seid ihr jetzt zufrieden?

Das Militär als Beherrscher des Wetters

Ein Beitrag von Professor Bob Fitrakis, Politikwissenschaftler am Columbus State Community College in Columbus, Ohio

Die Menschen haben schon immer versucht, das Wetter unter ihre Kontrolle zu bringen. Vor langer Zeit lernten die Menschen, Feuer zu machen und ihre unmittelbare Umgebung zu verändern. Regentänze und andere Rituale zur Aufhebung von Trockenperioden sind Teil unserer Folklore. Daher sollte die Nachricht, daß die Regierung sich mit geheimen Experimenten zur Kontrolle des Wetters befaßt, eigentlich nicht überraschen, besonders nicht nach einer langen Vorgeschichte des Besprühens von Wolken (cloud seeding), der „Atomspaltung“ und sensationellen Enthüllung über das Klonen.

Tatsächlich wären die meisten Menschen schockiert, wenn sie erführen, daß dieses Waisenkind des Kalten Krieges noch immer existiert. Während die USA und die frühere Sowjetunion Milliarden Dollar für ihr Militär ausgaben, führte ihr Engagement zur garantierten gegenseitigen Vernichtung zu ausgedehnten Experimenten unter Einsatz des Wetters als Waffe.

Im Jahr 1997 zitierte der „Saturday Review“ einen Bericht der CIA in dem angedeutet wurde, daß die US-Regierung bereits die Macht besäße, das Wetter in massivem Umfang für Kriegszwecke zu manipulieren.

Als die Sowjetunion auseinanderbrach, deutete die Isvestia ein einem Artikel an, daß die USA eventuell bereit seien, in Partnerschaft mit den Russen ihre hochgradig geheimgehaltene Technologie in der Welt zu verkaufen. **Oleg Klugin**, ein hochrangiger KGB-Beamter, brüstete sich vor einer Londoner Zeitung damit, daß er an der Forschung von geophysischen Waffen beteiligt sei. Die Gittermuster der Jet-Chemtrails, die jetzt in der ganzen westlichen Welt gesehen werden, sind sehr wahrscheinlich das Resultat der Anwendung dieser Technologie für neue zivile und militärische Zwecke.

Das Militär versucht gar nicht, seine langzeitigen Ziele zu verbergen: „Das Wetter ist ein Machtmultiplikator. Die Beherrschung des Wetters im Jahr 2025“ ist ein Weißbuch, das man auf einer vom Pentagon unterstützten Webseite finden kann. Die Zusammenfassung dieses Papiers lautet: „Im Jahr 2025 könnte die Raumfahrtindustrie das Wetter beherrschen, indem sie von aufstrebenden Technologien profitiert und die Entwicklung auf diejenigen Technologien konzentriert, die auf Kampfanwendungen abzielen. Ein solches Potential gibt den Kämpfern das Werkzeug in die Hand, das Kampfgebiet

auf eine Art zu gestalten, wie es in den USA noch nie zuvor möglich war. Die Beeinflussung des Wettergeschehens wird wahrscheinlich ein Teil der nationalen Sicherheitspolitik werden und zwar im Inland sowie auch international."

„Wired Magazine" (ein bekanntes PC-Magazin) schrieb über dieses Papier und zitierte in seinem Artikel vom Januar 2000 ausführlich den **Physiker Bernhard Eastlund**. Der Artikel lautete (frei übersetzt): „Laßt uns ein Abwehrschild in den Wolken machen! Zielen wir auf einen Tornado." Der Artikel beschrieb Einzelheiten des Militärplanes über „Gewitter auf Wunsch" und „Blitzeinschläge auf Bestellung".

Eastlund leitete von 1966 bis 1974 Programme der thermo-nuklearen Forschung für die US-Atom-Energie-Kommission. In der Forschung war er eine Schlüsselfigur in der strategischen Weltraum-Initiative (aka Star wars). Seit 1996 diente Eastlund als Generaldirektor und Vorsitzender der „Eastlund Scientific Enterprises Corporation". Das Unternehmen rühmt sich auf seiner Website damit, daß es unter anderen Hightec-Diensten auf „Wetterbeeinflussung" und „Beeinflussung von Tornados" spezialisiert ist.

Eastlund betrachtet das „High Frequency Active Auroral Research Program" (HAARP) in Alaska als eine kleinere Version dessen, was er mit Bezug auf die Wetterbeeinflussung im Auge hat. Michael Theroux von Borderland Sciences, der Eastlund gefragt hatte, ob die HAARP-Station das Wetter beeinflussen könne, bekam von ihm folgende Antwort: „Es könnten bedeutende Experimente durchgeführt werden. Die HAARP-Antenne, so wie sie jetzt konfiguriert ist, moduliert die elektrische Strahlung des Polarlichtes, um damit ELF-Wellen (extremely low frequency waves = Wellen mit extrem niedriger Frequenz) zu erzeugen und sollte auf diese Weise eine Auswirkung auf die zonalen Winde haben."

Bei der „Space 2000 Conference and Exposition on Engineering, Construction, Operations and Business in Space" (etwa: Weltraumkonferenz 2000 und Ausstellung über Konstruktion, Betrieb und Durchführung der Weltraumtechnik) umriß Eastlund seinen Plan, von dem Gewitter-Solar-Satelliten aus, den er mit Hilfe der Europäischen Weltraumorganisation und der Fa. Jenkins Enterprises entwickelt, elektromagnetische Strahlung auf einen Tornado zu richten.

Das am 13. November eingereichte US-Patent mit der Nummer 6315213, das als eine Methode der Wetterbeeinflussung beschrieben wird, sollte in der Öffentlichkeit Besorgnis hervorrufen. Ein Wissenschaftler der Wright Patterson Air Force Basis gibt zu, daß von Flugzeugen aus Bariumsalz, Polymerfaser, Aluminiumoxyd und andere Chemikalien in die Atmosphäre gesprüht werden und zwar einerseits für militärische Zwecke und andererseits, um das Wetter zu verändern. In der Zusammenfassung heißt es ausdrücklich: „Die Polymere werden in der Wolke versprüht, und der Sturm verwirbelt die Mischung, wodurch die Polymere dann den Regen absorbieren. Durch die Reaktion bildet sich eine gelatineartige Substanz, die auf die Erde herunterfällt. Auf diese Art wird die Regenkapazität der Wolke abgeschwächt."

Will man die uralte Frage beantworten, wer denn den Regen abstellt: So, wie es aussieht, unsere Regierung und ein paar ihrer engsten Freunde aus dem militärisch-industriellen Komplex. Daß sich Edward Teller als derjenige herausstellt, der diese alarmierende Technologie unterstützt, ist mehr als erschreckend. (Teller war der Vater der Wasserstoffbombe und ein großer Förderer von „Readi Kilowatt", unserem munteren kleinen Freund aus den Fünfziger Jahren. Eine seiner supergescheiten Ideen aus den fünfziger Jahren war, durch den Einsatz von Atomexplosionen entlang unserer Küstenlinie Häfen zu schaffen.) Die „New York Times" vom 24. April (2002?) berichtete, daß Teller „die Idee unterstützt hat, die Erdatmosphäre zu manipulieren, um der globalen Erwärmung entgegenzuwirken". Die Computersimulationen über den Einsatz von Aluminiumoxyd zur Bekämpfung der globalen Erwärmung stammen aus dem Lawrence Livermore Waffenlabor, in dem Teller als emeritierter Direktor wirkt.

Es sollten wenig Zweifel darüber bestehen, daß diese Angelegenheit bei der Regierung oder bei profitorientierten Auftragnehmern des Militärs Vorrang besitzen würde.

Während das Jahr 2001 das zweitheißeste in der Berichterstattung war (1998 hält als das heißeste Jahr den Rekord), gab es seit 1990 die heißesten 9 Jahre in der Berichterstattung. Aber warum führt die Regierung Experimente gegen die globale Erwärmung im Geheimen durch?

Der Investigationsreporter William Thomas ist der Ansicht, daß eine Verbindung zwischen den Chemtrails und der in letzter Zeit beobachteten Zunahme von Asthma, Allergien und Beschwerden der oberen Luftwege besteht. Klingt das verrückt? Denken Sie mal daran, wie absurd es wirkte, als die ersten Berichte darüber herauskamen, daß die Regierung radioaktive Experimente an US-Bürgern durchgeführt und aus Nuklearanlagen Strahlung auf die Zivilbevölkerung gerichtet hatte, um deren Wirkung auf die Zivilbevölkerungen festzustellen. Es hörte sich höchst eigenartig an, als durchsickerte, daß die Regierung sich mit den MK-Ultra mind control-Experimenten befaßt und dabei LSD eingesetzt hat. Die CIA und die Defense Intelligence Agency geben zu, daß sie für viele der in den fünfziger Jahren gesichteten UFOs verantwortlich waren, die man benutzt hatte, um damit Experimente der Militär-Technologie wegzuerklären.

Aus öffentlichen Dokumenten gibt es eine Fülle von Berichten über eine Technologie der Wetterbeeinflussung, die aus der Zeit des Kalten Krieges übriggeblieben sind. Und jetzt haben wir das Recht darauf, zu wissen, was die Regierung damit vorhat.

Beschlußempfehlung des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages

– PET 4-12-07-45-5699 –

„Die Annahme der Offenkundigkeit schränkt ... in keinem Falle die Verteidigungsmöglichkeiten der Angeklagten unzumutbar ein. **Das Gericht ist verpflichtet, solche Tatsachen, die es für offenkundig erachtet, in der Hauptverhandlung zu erörtern und damit dem Angeklagten die Möglichkeit zu geben, dazu Stellung zu nehmen.** Außerdem ist zu berücksichtigen, daß die Offenkundigkeit nicht für alle Zeiten unverändert fortzubestehen braucht. Neue Erfahrungen oder Ereignisse können hinzukommen, die geeignet sind, eine abweichende Beurteilung zu rechtfertigen. Tragen die Beteiligten solche bisher noch nicht berücksichtigten und erörterten Umstände vor, so kann die Offenkundigkeit dadurch erschüttert und eine erneute Beweiserhebung über diese Tatsachen notwendig werden. **Damit haben der Angeklagte und sein Verteidiger die Möglichkeit, durch begründeten Sachvortrag eine Beweisaufnahme auch über offenkundige Tatsachen zu erwirken.**

Die Entscheidung über die Offenkundigkeit einer Tatsache im Sinne des § 244 StPo obliegt damit ausschließlich dem jeweils erkennenden Gericht und unterliegt damit dem Grundsatz der Unabhängigkeit der Richter. In den einzelnen Instanzen kann zudem durchaus eine unterschiedliche Beurteilung erfolgen.“

Berufungsverhandlung von Dr. Rigolf Hennig in Verden

Die Berufsverhandlung vor dem Landgericht Verden in der Sache des Oberst-Arztes d.R. Dr. Rigolf Hennig, der in erster Instanz vom Amtsgericht Verden wegen Leugnung des Holocausts zu einer Geldstrafe verurteilt worden war, bot die Gelegenheit, zum ersten Male die von Germar Rudolf erarbeitete Gesamtschau der wesentlichen Ergebnisse der revisionistischen Geschichtsforschung zusammen mit der zitierten Stellungnahme des Deutschen Bundestages zum Mittelpunkt einer öffentlichen Gerichtsverhandlung zu machen. In dieser verlas Dr. Hennig folgenden Antrag:

Hiermit beantrage ich, die Grundlagen zu erörtern, auf denen nach Auffassung des Gerichts die Offenkundigkeit jener Tatsachen beruht, die seit Anfang der 70er Jahre des 20. Jahrhunderts allgemein als „Holocaust“ bezeichnet werden. Der pauschale Hinweis auf das „Auschwitzurteil“ dürfte nicht ausreichend sein.

Insbesondere mag das Gericht feststellen, ob und inwieweit die zur Urteilsfindung berufenen Personen von diesen Grundlagen – insbesondere vom Urteil des Frankfurter Schwurgerichts im sogenannten Großen Auschwitzprozeß – unmittelbar Kenntnis genommen haben, oder sich nur auf Hörensagen oder Sekundärliteratur stützen könnten.

Bei der Bescheidung dieses Antrages mögen das Gericht die Beschlußempfehlung des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages Pet 4-12-07-45-5699 bedenken...

Der Vorsitzende Richter Tittel lehnt die von Dr. Hennig geforderte und vom Bundestag für notwendig erachtete Erörterung ab mit der Begründung, daß es für die Urteilsfindung auf die Offenkundigkeit des Holocausts nicht ankomme.

Der daraufhin von Dr. Hennig wegen offensichtlicher Willkür gestellte Befangenheitsantrag gegen Herrn Tittel wurde von seiner Vertreterin, Frau Ramsauer, mit der Begründung zurückgewiesen, daß die Verweigerung der Erörterung der Grundlagen des Holocaust rechtens sei, weil dieser offenkundig sei.

Dazu führte die Verteidigerin von Dr. Hennig, die Rechtsanwältin Sylvia Stolz, in einer von ihr verlesenen mutigen Stellungnahme u.a. aus:

„Daß es sich hier um einen gedanklichen Zirkel handelt, liegt auf der Hand. Daß dieser in die Entscheidung von Frau Ramsauer Eingang gefunden hat, ist eigentlich nur aus einer Fehlleitung des Denkens heraus erklärbar. Eine solche scheint stets dann zu wirken, wenn Interessen der Judenheit in irgendeiner Art und Weise berührt sind. Wir alle befinden uns im Wirkungsfeld dieser Denkverbote. Ich erachte es für die grundlegende Pflicht jedes Richters, sich daraus zu befreien und sich auf den Weg der Wahrheitssuche zu begeben.“

Verschiedene weitere Beweisanträge des Angeklagten und der Verteidigung wurden mit der Begründung ab-

gelehnt, die vorgetragenen Beweisthemen seien unerheblich, ohne Bedeutung, bzw. der maßgebliche Sachverhalt werde dadurch nicht beeinflußt. In ihrem Schlußplädoyer folgerte die Verteidigerin:

> ***„Auf die Offenkundigkeit des Holocaust kommt es nach Meinung des Gerichts nicht an. Es scheint auch nicht auf Tatsachen anzukommen, die Auskunft darüber geben können, ob und wie der sog. „Holocaust" stattgefunden hat. Worauf kommt es denn nun an? Was ist denn maßgeblich?"***

Die Prozesse nach § 130 Volksverhetzung werden immer verworrener. Mangelnde Argumente, immer unsinniger und widersprüchlicher werdende Urteilsbegründungen haben die Verfahren schon längst in eine Sackgasse geführt. Selbst ein dürftiger Schein von Legalität ist vollends verblaßt. Wann werfen die Richter endlich das Handtuch?

Hausdurchsuchungen

Inzwischen sind uns mehr als 100 Hausdurchsuchungen, z.T. von alten Lesern der Stimme des Gewissens, zu Gehör gekommen.

Es geht um die „**Neue Sicht von Auschwitz**", die Wieland Körner im Zusammenhang mit dem Artikel von dem leitenden Spiegelredakteur Fritjof Meyer herausgegeben hat, der die Zahl der Auschwitzopfer um 90% reduziert hatte.

Wieland Körner hatte in seiner Schrift als Fazit die Frage aufgeworfen:

„Man kann es nicht anders sagen: Fritjof Meyer hat mit seiner radikalen Veröffentlichung zum Thema Auschwitz Deutsche und Juden gleichermaßen provoziert! Warum schweigt dazu die ganze Bundesrepublik?"

Dieses Heft war bereits im Dezember 2003 erschienen und in tausenden von Exemplaren verbreitet worden. Jetzt, eineinhalb Jahre nach Erscheinen hält der Staat dieses Heft für gemeingefährlich und sucht die Restbestände bei den Beziehern, die er offenbar aus einer Bestellkartei von Wieland Körner ermittelt hat.

Da die Auflage sehr schnell vergriffen war, haben eine Anzahl dieser jetzt mit Hausdurchsuchung bedachten Bürger die „**Neue Sicht von Auschwitz**" gar nicht erhalten. Dennoch wurde bei Ihnen gesucht – jedoch nichts gefunden.

Dutzende von mutmaßlichen Verteilern dieser Schrift erfreuen sich des unangemeldeten Besuchs verlegener „Staatsschützer", die mit der Vollstreckung entsprechender „richterlicher" Durchsuchungsbefehle – wie sie versichern – alle „nur ihre Pflicht tun".

Jetzt liegt der erste Strafbefehl in dieser Sache vor. Danach werden folgende in der Denkschrift vorkommende Sätze als „volksverhetzend" gewertet:

1. „Die neue Sicht von Auschwitz – der leitende SPIEGEL-Redakteur Fritjof Meyer reduziert die Zahl der Auschwitz-Opfer um 90 Prozent: Warum gibt es keine öffentliche Debatte?"

2. „Lieber Leser: Vor 13 Jahren glaubte die gesamte deutsche Medien- und Fachwelt noch an die systematische Liquidierung von 4 Millionen Juden Auschwitz. Fritjof Meyer nennt diese Zahl heute ein ‚Produkt der Kriegspropaganda'. Er reduziert die Opferzahlen von Auschwitz völlig unwidersprochen um runde 90 Prozent."

3. „Statt dessen wurde die ‚industrielle Massenvergasung von Juden in Auschwitz' in Deutschland 60 Jahre lang als der eigentliche ‚Zivilisationsbruch des Zweiten Weltkriegs' (M. Broszat) hingestellt. Dieser gemeinhin angenommene Zivilisationsbruch hat aber, wie wir jetzt erfahren müssen, gar keinen richtigen Ort! Es stellt sich nun heraus, daß dafür Zeugen, Quellen und Beweise fehlen."

4. „Fritjof Meyer zerstört damit vollends den Glauben an die ‚Mordmaschine', die in Auschwitz unter deutscher Leitung betrieben worden sein soll."

5. „Ohne den massiven Einfluß zionistischer Triebkräfte auf die Politik des 20. Jahrhunderts wären der Welt beträchtliche Opfer erspart geblieben."

Diese Sätze machen nach Auffassung der Verfolger die Denkschrift zu einer „Schrift, die zum Haß gegen Teile der Bevölkerung und gegen eine nationale, rassische, religiöse oder durch ihr Volkstum bestimmte Gruppe aufstacheln, und die Menschenwürde anderer dadurch angreifen, daß sie Teile der Bevölkerung oder einer vorbezeichneten Gruppe beschimpfen, böswillig verächtlich machen oder verleumden." Oh Wunder, die Nummer „Leugnung des Holocausts" wird in diesem Theater diesmal nicht gegeben.

Der Irrsinn hat Methode. Die Vasallen-Justiz probt den Aufstand gegen Recht und Gesetz und gegen folgerichtiges Denken. Es soll der Boden bereitet werden für die Hinnahme des übergesetzlichen Befehls. „Verboten und strafbar ist jede Gedankenäußerung, die der Fremdherrschaft mißfällt."

Mit der Unterzeichnung des Strafbefehls ist Herr Barré, Richter am Amtsgericht Verden, zum wiederholten Male einschlägig in Erscheinung getreten. Wir werden seiner Taten gedenken!

Aktenzeichen des Verfahrens: AG Verden 9b Cs 521 Js 6932/05 (272/05).

Horst Mahler

Alles ist gut, was einem Volk hilft, seine Unabhängigkeit zu gewinnen, denn es gibt nichts Schlimmeres auf Erden als die Lage des Besiegten.

Jacques Bernoist-Méchin nach der Niederlage im Frankreichfeldzug 1940 in „Ernte 1940", S. 36

An das Landgericht Berlin

Betrifft: Beschwerde gegen die von der Staatsanwaltschaft Berlin vom 6.4.05 –81 Js560/05 angeordnete und vom Amtsgericht am 16.6.05 vorgenommene Durchsuchung meiner Privaträume. Geschäftsnummer: 350Gs1681/05

Schon die Begründung in diesem Beschluß ist nichtig, da ich niemals eine Volksverhetzung betrieben oder veranlaßt habe. Angeblich soll ich mit der Bestellung von 15 Heften „Die neue Sicht von Auschwitz“ gegen den § 130 Abs. 2 Nr. 1a d Abs. 3.4 StGB verstoßen haben. Ich habe diese hoch interessanten Hefte bestellt, weil darin von offiziöser Stelle eine schwere Beschuldigung vom deutschen Volk genommen wurde. Abgesehen davon, daß dieses Heft ja nicht verboten ist, wird das von Herrn Meyer angeführte Thema auch von Frau R. Süßmuth in ihrer Zeitung für Osteuropa wiedergegeben, also wiederholt und damit bestätigt. Meines Wissens wurden beide Personen bisher nicht belangt. Inzwischen haben bekannte Persönlichkeiten auch eine Selbstanzeige bei verschiedenen Staatsanwaltschaften getätigt, um die neuen Erkenntnisse offiziell zu machen. Ich habe in meinem Brief vom 12. Januar 2005 an den Herrn Bundestagspräsidenten Thierse geschrieben und meine Verwunderung ausgesprochen, daß eine für das ganze deutsche Volk positive Nachricht nicht einmal im Bundestag bejubelt wurde. Vor meinem geistigen Auge hätten die Sektkorken knallen müssen, da das deutsche Volk von einer angeblichen singulären Schuld entlastet wurde. Immerhin wurde ja über Jahre von einer unverantwortlichen Clique mit den Opferzahlen von 8 Millionen über 6, dann auf 4, zuletzt bis 1,2 Millionen buchstäblich jongliert. Wobei in offiziellen Nachrichten immer noch von 6 Millionen gesprochen wird; auch Herr Annan, Vorsitzender der UNO, sprach im Fernsehen von 6 Millionen, ohne daß sich eine deutsche Stimme dagegen erhob. Aus dem deutschen Parlament hätte sich doch diese erfreuliche Nachricht über die bedeutende Verringerung der Opferzahlen verbreiten müssen.

Ulrich Franz

VerURTEILung

Vom Landgericht Traunstein wurde ich am 16. Juni 2005 im dritten Anlauf wegen **„Volksverhetzung“ zu 150 Tagen Haft bzw. 150 Tagessätzen a 50 Euro** verdonnert. Die mündliche Begründung dauerte weit über eine Stunde, die schriftliche Ausfertigung wird folgen und dürfte 15 – 20 Seiten umfassen. Natürlich habe ich sofort Revision einlegen lassen und damit die Verhängung hinausgezögert, der ich aber bei Erfolglosigkeit entgegensehen muß (siehe unten)!

Als Verurteilter kann ich hier schlecht eine Urteilsschelte loslassen, aber allen Interessierten doch den (vorgegebenen) Trend aufzeigen und sie so von der Nachahmung abhalten:

- Mindestens fünfmal sagte der Richter, die Verurteilung gründe auf dem neuesten BGH-Urteil. Danach müsse nur noch das Gesamtbild gewertet werden – die Straffreiheit einzelner Behauptungen spielt keine Rolle mehr! Im Gegenteil , je mehr straffreie oder geduldete Einzelheiten angeführt werden, um so klarer das Gesamtbild, weil es ein gezieltes und intelligentes Unterlaufen der Gesetze und damit die gewollte Verharmlosung beweise (so habe ich es als juristischer Laie verstanden). Eine tolle Logik ...

- Eine Diskussion über Opferzahlen findet nie mehr statt, auch wenn diese wie allein in Auschwitz im Laufe der Jahrzehnte von vier auf ca. eine Million geschrumpft sind. Nur Wissenschaftler wie Fritjof Meyer im Heft OST-EUROPA vom Mai 2002, der auch diese Zahl mit der Kapazität der Muffeln im 24-Stunden-Einsatz noch einmal halbiert hat, dürfen das. Bei mir ist es strafverschärfend.

- Das von mir vorgezeigte Video mit der Urteilsverkündung im Krakauer Auschwitzprozeß (Wochenschau vom 8.1.1948), wonach dort „nahezu 300.000 Menschen verschiedenster Nationen ermordet wurden“, nahm er mit vom Ekel verzerrten Gesicht nicht zur Kenntnis.

- Zitate prominenter Juden (in meinem Fall Norman Finkelstein und Hannah Arendt), mit denen ich meine Aussagen belegt hatte, sind „der übelste Zynismus, der mir je im Leben begegnet ist“ – so der Originalton des Richters, Gesicht wie vorher...

- Daß ich seit Jahren an Rau und Schröder, Beckstein und Stoiber, Kohl und Schily geschrieben und sie erst um Richtigstellung falscher Anschuldigungen gegen die Kriegsgeneration und jetzt das Volk gebeten und sie an ihren Amtseid erinnert habe, war besonders perfide. Daß mir niemand eine Antwort gab, anscheinend für den Richter normal. Eigentlich hätten ja sie mich schon anzeigen müssen!

Walter Held, Oberstleutnant a.D.
(vgl. Stimme des Gewissens, Nr. 2/2005, S. 11)

Rudolf-Heß-Gedenken

Die diesjährige Gedenkkundgebung Rudolf Heß findet am Sonnabend, den 20. August, in Wunsiedel statt.

RA Rieger geht davon aus, daß das zunächst ausgesprochene Verbot nicht aufrechtzuhalten ist.

Bitte diesen Termin vormerken, aber kurz zuvor noch einmal vergewissern, ob der Trauermarsch wann und wie stattfindet.

Zur Verurteilung von Doz. Dr.-Ing. habil. Paul Latussek

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Landsleute,

in dem gegen mich wegen Volksverhetzung geführten zweiten Prozeß, sind aus den geplanten 4 Verhandlungstagen nunmehr 6 Verhandlungstage geworden.

Heute, am 3.Juni 2005, wurde das Urteil gesprochen.

Das Gericht folgte offensichtlich den Anweisungen des Bundesgerichtes und hat mich zu einer Strafe von 3600 Euro und zur Bezahlung der Gerichtskosten verurteilt.

Der Ablauf des Prozesses war formal korrekt. Er hat noch deutlicher als der erste erkennen lassen und gezeigt, wie substanzlos die Anklage gegen mich ist. Jedem Besucher und aufmerksamen Betrachter ist nicht verborgen geblieben, was allen Teilnehmern des Verbandstages schon vor dreieinhalb Jahren klar war: Die Anklage und die Umstände die dazu führten, waren konstruiert und deshalb nur Mittel zum Zweck.

Es wurde wieder einmal die Auschwitzkeule benutzt, um einen Menschen, der sich auf der Grundlage des Völkerrechts und der Menschenrechte für die Opfer unseres Volkes einsetzte, aus seiner demokratisch erworbenen Position zu drängen. Das Ziel dabei ist leicht zu erkennen. Es gilt, die Wirksamkeit von Personen einzuschränken, die sich für die Durchsetzung der Rechte der deutschen Opfer, für Demokratie, Mitbestimmung und Freiheit sowie für die Verbreitung der geschichtlichen Wahrheit einsetzen.

Als **Verharmlosung** in meiner Rede wurden mir die beiden Sätze **„Dabei geht es nicht um die Relativierung des Verbrechens, sondern um die geschichtliche Wahrheit. Sie kennen meine Einstellung, daß jedes Opfer eines Verbrechens eines zu viel ist."** angelastet. So unter dem Motto: „Ich hätte meine wahren Absichten dahinter verschleiern wollen."

Damit hat die Willkür in der Rechtsprechung eine neue Dimension erreicht, **da selbst die Distanzierung von Verbrechen jedem zur Last gelegt werden kann.**

Die Zeugen der Anklage hatten sich im Verlauf des Prozesses derart in Widersprüche verwickelt und das Gericht sogar mehrfach belogen, daß die Frage meiner Verteidigerin an den Staatsanwalt „Warum er in Wahrnehmung seiner Verantwortung bisher nicht gegen den Journalisten Keller ermittelt und gegen ihn Strafanzeige gestellt hat?", sicher sehr berechtigt war.

Darauf ist der Richter in seiner Urteilsbegründung aber nicht eingegangen.

Sobald mir die schriftliche Urteilsbegründung vorliegt, werde ich sie Ihnen zur Kenntnis geben. Ich habe gegen das Urteil Revision eingelegt.

Dieses Urteil ist eine Schande für einen Rechtsstaat, der offensichtlich immer mehr zu Terrormaßnahmen gegenüber dem anständigen und demokratiebewußten Bürger greift, um die Meinungsfreiheit und die Verbreitung der geschichtlichen Wahrheit einzuschränken. Dies will und werde ich nicht hinnehmen, da die Lügen über die eigene Geschichte kein Fundament für eine gute Zukunft sind.

Mit freundlichen Grüßen und einem herzlichen Dank für Ihre Solidarität

Doz. Dr.-Ing. habil. Paul Latussek

Ein neues Verfahren für den Kriegsgefangenen Ernst Günter Kögel

Am 11. August 2005 findet um 9.00 Uhr im Amtsgericht Remscheid ein neuer Prozeß gegen Ernst Günter Kögel statt. Er ist angeklagt, erstens weil er eine zwar eingezogene, aber noch nicht verbotene Schrift weiter im Internet hat stehenlassen, zweitens weil er das Wort „talmudische Lüge" gebraucht hat, drittens wegen seiner Verteidigungsrede innerhalb des Prozesses.
Aber auch hier bitte wie bei allen Prozessen generell kurz vorher sich noch einmal erkundigen, ob der Termin bestehen bleibt.

Israelischer Haftbefehl wegen Holocaust-Leugnung

Ein weltweit gültiger israelischer Haftbefehl wegen Holocaust-Leugnung: Das israelische Parlament hat ein Gesetz angenommen, wonach Holocaust-Leugnung von israelischen Gerichten weltweit nach israelischen Gesetzen bestraft werden kann. Wenn das Heimatland des Beschuldigten diesen nicht ausliefert, haben die Israelis nach diesem Gesetz das Recht, jeden Holocaust-Zweifler nach Israel zu entführen und dort selbst zu bestrafen.

Daß es wegen einem derartigen Beschluß zum Eingriff in die Souveränität aller Staaten der Erde nicht zu einem weltweiten Protestschrei aller Regierenden und aller Medien kommt, zeigt die weltweit beherrschende Macht und den Einfluß der Juden.

Im Oktober 2004 hat US-Präsident Bush ein Gesetz erlassen, in dem alle US-Botschaften angewiesen wurden, „antisemitische" Übergriffe zu registrieren und 1x jährlich an das US-Außenministerium darüber zu berichten. Wahrscheinlich wandern diese Berichte danach nach Israel, falls die Einzelstaaten die Holocaust-Zweifler und sonstige judenkritischen Aktivisten nicht bestrafen.

(Auszug aus PHI 17-18/2005, S. 135)

Der Sieg des Vincent Reynouard

Wenige Zeitungen haben es mitgeteilt:

„(Am 12. April 2005) *hat der französische Kassationshof* (in Paris – entspricht dem deutschen Bundesgerichtshof) *die Verurteilung aufgehoben, die das Berufungsgericht von Limoges gegen den Revisionisten* ***Vincent Reynouard*** *ausgesprochen hatte. Vincent Reynouard hatte behauptet, daß die* ***Geschichte vom Massaker von Oradour-sur-Glane*** *(Haute-Vienne)* ***mit Lügen behaftet wäre.*** *Das Berufungsgericht hatte Vincent Reynouard am 9. Juni 2004 zu einer Gefängnisstrafe von 24 Monaten, davon 6 ohne Bewährung, wegen Apologie von Kriegsverbrechen verurteilt. Vincent Reynouard hatte eine Videokassette mit dem Titel La Tragédie d'Oradour-sur-Glane: 50 ans de mensonges officiels (Die Tragödie von Oradour-sur-Glane: 50 Jahre amtliche Lügen) hergestellt, in der er die von Davongekommenen und im Prozeß von Bordeaux 1953 festgestellten Ereignisse bestritt. (...) Die Strafkammer des Kassationshofes hat befunden, daß die Entscheidung des Berufungsgerichtes schlecht begründet war, denn der Beschuldigte betriebe in seiner Kassette keinerlei Verherrlichung – Bestandteil einer Apologie – der in Oradour begangenen Verbrechen. Vincent Reynouard hat sein Thema auf das Bestreiten eines Kriegsverbrechens beschränkt, und das ist keine Straftat. Der Kassationshof hat die vom Berufungsgericht in Limoges am 9. Juni 2004 gegen Vincent Reynouard ausgesprochene Verurteilung ohne Zurückweisung aufgehoben."* (*La Charente Libre*, 14.04.2005, S. 4)

Der so von Vincent Reynouard davongetragene Sieg ist normal insofern er dem Recht entspricht. Aber er überrascht deswegen nicht weniger, denn die Revisionisten kommen selten in den Genuß einer gerechten Anwendung des Gesetzes. In seinem Falle konnten traurige vergleichbare Fälle das Schlimmste befürchten lassen.

Dieser Sieg erklärt sich zweifellos zum Teil aus Vincent Reynouards Überzeugungskraft und durch die Erfahrung seines Beraters, des Rechtsanwalts **Eric Delcroix**. Der Autor der Kassette hat geltend gemacht, daß er sich, selbstverständlich, jeder Rechtfertigung oder Glorifizierung irgendeines Verbrechens enthalten hatte. Er hatte vor allem unterstrichen, daß er, die offizielle Version der Geschichte bestreitend, ein einfaches „Kriegsverbrechen", was erlaubt ist, aber kein „Verbrechen gegen die Menschlichkeit", was strikt verboten ist, bestritten hätte. Man darf in der Tat „Oradour" und das Unglück der Gesamtheit der Widerständler und der Deportierten bestreiten, aber nicht „Auschwitz" und das besondere Unglück der Juden. So verfügt es, seit dem 13. Juli 1990, das Gesetz „Fabius-Gayssot".

Dieser Sieg erklärt sich vielleicht auch aus Beweggründen, die den Pariser Richtern zu eigen sind. Es ist möglich, daß diese der gegenwärtigen fortschreitenden Transformation der Richter zu Geschichtssachverständigen ein Stopzeichen setzen wollten. Das wäre ganz zu ihrer Ehre. Aber umgekehrt ist es ebenso möglich, daß sie beschlossen haben, der allgemeinen Übung zu folgen, nämlich der jener modernen Intellektuellen, für die es dringend wird, das zu schützen, was sie die „Besonderheit der Shoa" oder ihre „Einmaligkeit" nennen.

In diesem Zusammenhang – die Zufälle des Zeitgeschehens bewirken, daß man heutzutage wieder von Vladimir Jankélévitch spricht, der vor 20 Jahren gestorben ist. Gewisse seiner Schriften wiederzulesen hilft zu verstehen, warum man uns seit einigen Jahren ständig wiederholt, daß es vermieden werden muß, den Völkermord an den Juden, der „besonders" und „einmalig" sei, mit anderen Völkermorden oder Massakern zu verwechseln.

Die „Besonderheit" oder die „Einmaligkeit" der Shoa

Als Professor der Philosophie an der Sorbonne hat Vladimir Jankélévitch (1903 – 1985) jahrelang seine Meinung zu diesem Punkt entwickelt. Eine Zusammenfassung findet man in einer kleinen Schrift mit dem Titel *L'Imprescriptible* (Das Unverjährbare). Unter diesem Titel hat das Verlagshaus Le Seuil zunächst 1986, und dann 1996 als Taschenbuch, einige Schriften des Professors wie *Dans l'honneur et la dignité* (In Ehre und Würde) (1948) und *Pardonner?* (Vergeben?) (1971) zusammengestellt. Auf die Frage, ob es angebracht wäre, den Deutschen von 1971 die „Verbrechen des Nazismus" zu vergeben, begann der Professor mit der Antwort:

„Wenn der Schuldige fett, wohlgenährt, erfolgreich, durch das ‚Wirtschaftswunder' bereichert ist, dann ist Vergebung ein trauriger Scherz. Nein, Vergebung ist nicht für Schweine und Säue da. Die Vergebung ist in den Todeslagern gestorben." (S. 50)

Der besagte Akademiker ist also der Meinung, daß die deutschen Männer Schweine und die deutschen Frauen Säue sind. Ausnahme macht er nur für „die deutschen Demokraten in den Lagern", für „die erschütternde Geste des Kanzlers Brandt vor dem Memorial des Warschauer Ghettos" und für „den bewundernswerten Mut der Frau Beate Klarsfeld, der beweist, daß die Elite der jungen deutschen Generation es geschafft hat, die Elite zu ersetzen, von der wir reden." (S. 44 – 45)

Im gleichen Werk findet es V. Jankélévitch unzulässig, daß man einerseits Auschwitz und Treblinka und andererseits die Verbrechen Stalins, das Massaker an den Armeniern, die Ertränkungen von Nantes, die Hölle von Verdun, die Folterung in Algerien, die Gewalttätigkeiten der Segregationisten in Amerika, die Bartholomäusnacht, Berlin, Dresden, Oradour, Tulle, Mont-Valérien, Châteaubriant, la Cascade du Bois de Boulogne, Hiroshima auf eine Ebene stellt (S. 38 – 41), denn das an den Juden begangene Verbrechen ist unsagbar schwerwiegender, es ist „metaphysisch" (S. 40 – 44). „Mit ihren sechs Millionen Ausgerotteter befinden sich die Juden an erster Stelle der Märtyrerliste aller Zeiten" (S. 40). Deswegen, so sagt er, „wiederholen wir (Juden) auf ewig die Litanei der Verbitterung". Was die „Todes-

lager" anbetrifft, so „spricht man niemals genug davon und man wird niemals genug davon sprechen!" (S. 56) Die Kirche ist „stumm" gewesen, Roosevelt „hat geschwiegen", und die Polen „haben den Tod sein teuflisches Werk vor ihren Augen verrichten lassen" (S. 57). „Das, was (den Juden) geschehen ist, ist einmalig in der Geschichte (...). Aber nein, der Schlaf kommt nicht zurück. Wir denken während des Tages daran und träumen des Nachts davon." (S. 61) „Denn dieser Todeskampf wird bis zum Ende der Welt dauern." (S. 63)

Ein Sieg, auch für die Verfechter der Shoa?

Um auf die Nichtigkeitserklärung, ohne Zurückweisung, des Beschlusses gegen den Revisionisten V. Reynouard zurückzukommen, so besteht kein Zweifel, daß diese Bewohner von Oradour ebenso erschüttern wird wie die ehemaligen Widerstandskämpfer und Kommunisten der Region Limoges. Es ist aber nicht sicher, daß die Mißbilligung gewisser jüdischer Vereinigungen aufrichtig sein wird. Schließlich bedeutet diese Entscheidung des Kassationshofes eine Mahnung an die Adresse der Widerstandskämpfer und Kommunisten, die seit einigen Jahren, aus verschiedenen mehr oder weniger eigennützigen Gründen, versuchten, ihr eigenes Kriegsschicksal dem der Juden gleichzustellen. In gewisser Weise hätte also auch V. Reynouard gewonnen. Das was er „Massaker" oder „die Massaker" von Oradour nannte (*L'Imprescriptible*, S. 27, 41, 47, 60) hat ihn gewiß entrüstet, aber für ihn war „Oradour" nur ein „Kriegsverbrechen", das ihn nicht hinderte zu schlafen, und nicht ein „Verbrechen gegen die Menschlichkeit", das heißt, um es klar zu sagen, nicht ein unsagbares und unübertreffliches Verbrechen wie der Völkermord an den Juden. Diese Unterscheidung zwischen „Kriegsverbrechen" und „Verbrechen gegen die Menschlichkeit" war zuerst von den Richtern in Nürnberg beachtet worden, dann 1953 von den Richtern in Bordeaux, schließlich 1990 durch das Gesetz Fabius-Gayssot, und sie ist nun 2005 durch die Richter des Kassationshofes bestätig worden.

An diesem 14. April, zwei Tage nach seinem eigenen Sieg, hat **Vincent Reynouard** erlebt, daß das Berufungsgericht von Brüssel seinen Freund **Siegfried Verbeke** zu einem Jahr Gefängnis ohne Bewährung, einer Geldstrafe von 2500 Euro und zur Aberkennung seiner bürgerlichen Rechte für 10 Jahre verurteilt hat. Sein Verbrechen? Er hatte wider ein belgisches Gesetz verstoßen, das dem französischen Gesetz Fabius-Gayssot entspricht, in dem er einen Punkt der Shoa bezweifelte.

Der Sieg des einen, in Paris, und die Verurteilung des anderen, in Brüssel, beweisen ihrerseits, daß die Shoa für wahrhaftig „einmalig" gehalten werden muß.

S. Verbeke wird Berufung einlegen, während V. Reynouard, zumindest im Prinzip, frei seine Forschung über Oradour fortsetzen wird.

Robert Fausisson

Explosionen in London – Wer kann davon profitieren?

Israel ist gewarnt worden, Verschleierung ist im Gange

Hastige Verschleierungsversuche, der Nachricht über erhaltene Vorwarnungen einen anderen Anstrich zu verleihen.

Die Originalberichte besagen, daß **Binyamin Netanyahu vor** der ersten Detonation gewarnt worden war. Nun werden alle Berichte der **Associated Press** dahingehend geändert, daß er **nach** der ersten Detonation gewarnt worden war, wie z.B. in diesem Artikel.

Aus untenstehendem Artikel geht hervor, daß Netanyahu vor der ersten Detonation gewarnt wurde.

Israel bestreitet, eine Warnung erhalten zu haben

Scotland Yard berichtet, daß man eine Warnung vor dem Angriff erhalten und Israel entsprechend benachrichtigt habe.

„Die israelische Botschaft in London erhielt eine Vorwarnung, die dazu führte, daß Finanzminister Binyamin Netanyahu in seinem Hotelzimmer verblieb, anstatt sich auf den Weg zu dem Hotel zu machen, das an den Ort der ersten Explosion, der U-Bahnstation Liverpool Street, angrenzt; dort sollte er anläßlich eines Wirtschaftsgipfels eine Rede halten."

Hier der vollständige Artikel:

Die Warnung steht im Widerspruch zu der Tatsache, daß die ursprüngliche Erklärung einer Stromnetzüberlastung durch einen (übermäßigen) Stromanstieg über eine Stunde lang herausgegeben worden war. Man wußte, daß es sich um einen Anschlag handelte und gab doch eine falsche Erklärung. Und außerdem, warum wurde Netanyahu gewarnt und die Opfer nicht? Uns wurde gesagt, daß der Ablauf der heutigen Ereignisse „unvermeidbar" gewesen wäre, das Transportnetz Londons von mehrfachen Explosionen heimgesucht wurde. Sowohl U-Bahn als auch Busse wurden getroffen. Die Abfolge der Ereignisse wird sich uns nach und nach erschließen.

Nach der Analyse der Propaganda und Angstmacherei, die seinerzeit in London bis zum Exzeß hochgetrieben worden war, hatten wir vor über einem Jahr vorhergesagt, daß dies geschehen würde. Paul Joseph Watson hat diese Ereignisse mehrfach in den letzten Monaten in der Alex Jones Show als unmittelbar bevorstehend vorhergesagt.

Tony Blair befindet sich nicht in London, sondern hält sich zusammen mit 7 anderen Regierungshäuptern einschließlich Präsident Bush wohlbehütet und abgeschirmt in Schottland auf. Die politischen Augen der Welt sind in dieser Woche auf Großbritannien gerichtet. Der Bürgermeister von London, Ken Livingstone, befindet sich

in Singapur, wo das IOC gerade die Olympischen Spiele nach London vergeben hatte; er ist jetzt auf dem Rückweg zur Hauptstadt.

Wie bei den Ereignissen vom 11. September 2001 sollte man sich fragen, wer kann hiervon profitieren? Könnte dies von einer anderen Gruppe organisiert sein als von der, die jederzeit über einen direkten und unbegrenzten Zugang zu allen Bereichen des Londoner Transportnetzes verfügt?

Die Ähnlichkeiten mit dem Bombenanschlag in Madrid vom 11. März 2004, den wir die ganze Zeit über als ein Werk eines mit der Interna vertrauten Geheimdienstes hervorgehoben haben, sind eingedenk der auf getrennten Zügen innerhalb von Minuten voneinander gezündeten Bomben, während sich die Züge den Stationen näherten, schon frappierend. Der Kreis der sogenannten Täter wurde schnell mit einer „Al Kaida"-Zelle in Europa, später jedoch mit dem spanischen Sicherheitsdienst in Verbindung gebracht. Als diese Informationen durchsickerten, haben sie sich dann auf mysteriöse Weise selbst umgebracht. Dann zeichnete sich ab, daß die spanische Regierung die Bombenanschläge zum eigenen Vorteil nutzte, und viele gingen in Spanien auf die Straße, um ihrer Überzeugung Ausdruck zu verleihen, daß ihre eigene Regierung hinter den Anschlägen steckte. Weitere Geheimdienstinformationen wurden von der Regierung zurückgehalten. Wir gehen davon aus, daß nach den heutigen Anschlägen das Gleiche in Großbritannien passieren wird.

Das Ganze trägt die Handschrift des MI5. Achten Sie nur darauf, wie die Gesetzgebung für den nationalen Personalausweis spielend alle Hürden nehmen wird. Nach der letzten Wahl haben nur 15 % des Landes die Regierung unterstützt. Doch hierdurch (gemeint ist der Anschlag) ist dem kriecherischen Blair und allem, was er vorhat, eine allumfassende Gefolgschaft sicher. Ken Livingstone und die Oppositionsparteien werden nunmehr keinen Grund mehr haben, die Gesetze über die Einführung des Personalausweises abzulehnen, ganz besonders nicht, wo die Olympischen Spiele 2012 nach London kommen werden.

Die Polizeistaat-Maßnahmen, die ihnen hiermit in die Hand gegeben werden, werden allen Formen des Transportwesens übergestülpt. Man wird sogar ohne Personalausweis gar nicht reisen können. Obwohl MI5 Operationen normalerweise ausgeklügelter ausfallen als solche Sachen wie der 11. September, insofern als Beweise, die sie (d.h. die Operationen) mit der Regierung in Verbindung bringen, sorgfältiger vertuscht werden, so sollten Sie schon darauf achten, wie Hinweise auf eine Beteiligung seitens „Insider" so nach und nach durchsickern. Der MI5 ist oft genug bei seinen Verwicklungen mit Bombenattentaten der IRA erwischt worden.

Alex Jones hat immer wieder darauf hingewiesen, daß im Zuge der Anschläge auf verschiedene Abschnitte des Transportnetzes polizeistaatliche Strukturen in diesen Bereichen aufgebaut werden. Dies geschieht nun in den Bussen, in der U-Bahn usw.

Rückblende: Schurner möchte die von Flughäfen bekannte, auf Durchleuchtungstechnik beruhende, Gepäck- und Personalkontrolle in Einkaufszentren einführen.

Der Militär- und Waffenindustrie-Komplex findet in dieser neuen Greueltat seine Motivation.

Jede größere westliche Regierung, einschließlich der britischen, ist dabei erwischt worden, wie sie gegen ihr eigenes Volk Bombenanschläge verübt und äußere Feinde dafür verantwortlich macht. In den Medien in Spanien ist es in der Berichterstattung Allgemeingut, daß die Regierung in den Bombenanschlag vom 11. März verwickelt war. Hier ist kein Unterschied zu den Bombenanschlägen vom 7.7. in London erkennbar. Makabere Typen aus Regierungskreisen verbreiten nun über allen Fernsehkanälen Angst und Schrecken, um das Volk dazu zu bewegen, sich dem Krieg gegen den Terrorismus anzuschließen. Unterstützen Sie unsere Arbeit, geben Sie die Informationen weiter, entlarven Sie diejenigen, die durch den Terrorismus zu mehr Macht und Einfluß gelangen, oder unsere Freiheiten sind dahin.

Auch Stunden nach den Anschlägen gibt es seitens der Medien noch keine umfassende Berichterstattung. Man möchte meinen, daß Hunderte von Augenzeugenberichten sowie Filmmaterial von den Zugstationen zu sehen wären. Der Reporter Simon Aronowitz vom Independent London, der über Kontakte innerhalb der BBC verfügt, hat berichtet, daß Journalisten die Berichterstattung über die momentane Situation als höchst eigenartig bezeichnen. Die Informationspolitik gegenüber der britischen Öffentlichkeit erweckt den Eindruck einer sorgfältigen Inszenierung.

Höchstes Gebot

Hab' Achtung vor dem Menschenbild
Und denke, daß, wie auch verborgen,
Darin für irgendeinen morgen
Der Keim zu allem höchsten schwillt!

Hab' Achtung vor dem Menschenbild,
Und denke, daß, wie tief er stecke,
Ein Hauch des Lebens, der ihn wecke,
Vielleicht aus Deiner Seele quillt!

Hab' Achtung vor dem Menschenbild!
Die Ewigkeit hat eine Stunde
Wo jegliches Dir eine Wunde,
Und, wenn nicht die, ein Sehnen stillt!

Friedrich Hebbel

Über Galgen wächst kein Gras
(Winston Churchill 1900)

Wer weiß heute noch etwas vom „Malmedy-Prozeß"? Dieser fand nach den Krieg in den Jahren von 1945 bis 1951 statt. Die Hingerichteten wurden auf dem Spöttinger Friedhof in Landsberg am Lech beigesetzt. Nachdem es heftige Diskussionen über die dort errichteten Holzkreuze mit den Namen der hingerichteten SS-Soldaten gegeben hat, wurde die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit wieder auf diesen Prozeß und seine Folgen gerichtet.

Die Überlebenden der Folterorgien in Landsberg mußten sich verpflichten, über das, was sie erlebt bzw. durchlitten haben, nichts auszusagen. Jetzt aber haben einige der heute noch Lebenden ihr Schweigen gebrochen. So entstand eine tiefbewegende DVD über die Hintergründe und das Geschehen in Landsberg am Lech. (auch als Videokassette zu beziehen bei Dr. O. Rose, Alter Zoll 37 d, 44867 Bochum, Fax: 02327 / 30 93 42)

Auf dem Klappentext der DVD heißt es:

„Zum ersten mal brechen die Rotjacken von Landsberg ihr Schweigen – jene zum Tode Verurteilten, die oft jahrelang die rote Jacke des „Todeskandidaten" im death-Block (Todesblock) der Feste Landsberg trugen. Und obwohl seitdem Jahrzehnte vergangen sind, haben die Mißhandelten bis heute geschwiegen.

Erst nachdem die Medien in jüngster Zeit über US-Folterungen in irakischen Gefängnissen berichteten und Fotos die Vorgehensweise amerikanischer „Verhörspezialisten" belegen, waren die letzten noch lebenden Augenzeugen bereit, ihr Schweigen zu brechen. Ihre Aussagen sind ebenso schockierend wie erschütternd, und nicht wenige der aufgezeigten Einzelheiten zeugen von einer Kontinuität US-amerikanischer Verhörpraktiken, wie sie vom Ende des Zweiten Weltkrieges über Vietnam bis hin zu Abu Ghraib zum Einsatz kamen."

Wer diesen Film sich ansehen will, muß starke Nerven haben. Er wird aber auch zutiefst betroffen sein von dem Schicksal sehr junger deutscher Soldaten, die nichts anderes getan hatten als ihre Pflicht zu erfüllen. Weil man aber unbedingt Schuldige haben wollte, so wurden sie des Mordes an Kriegsgefangenen bezichtigt und solange gefoltert, bis einige von ihnen auch solche Pseudogeständnisse unterschrieben haben.

Außerdem ist im Jahr 2004 ein Buch „Der Spöttinger Friedhof" in Landsberg am Lech erschienen von Heinrich Pflanz, der versucht hat, die Geschichte der zu den Namen auf den Holzkreuzen gehörenden Menschen ausfindig zu machen und festzuhalten.

Film und Buch gemeinsam geben einen tiefen Einblick in Siegerjustiz, amerikanische Folterpraktiken und einen kleinen Ausschnitt der entsetzlichen Leiden so unendlich vieler Deutscher nach dem Kriegsende. Sie wurden nicht befreit – es sei denn von den schrecklichen Leiden in den Folterkammern.

18. Juni 2005 Vlotho an der Weser – Beginn der offenen Diktatur

Bei der Großdemonstration am 18. Juni in Vlotho gegen das COLLEGIUM HUMANUM zeigte sich das wahre Gesicht des herrschenden Systems.

Seit Jahren ließ die Antifa – Zentrum Bielefeld – keine Möglichkeit aus, das COLLEGIUM zu schädigen. Von schwerwiegendem und folgenreichen Brandanschlag über Hauswandbesprühung, Einschlagen von Fenstern und Türen, Zerstören aller Sicherheitsschlösser, und zwar dies gleich zweimal, bis hin zur massiven Behinderung der Seminarteilnehmer durch vermummte „Spontandemonstrationen" mit Sperrung der Einfahrt zum Parkplatz und des Haupteinganges.

Nun heißt es in einem bei der „Großdemonstration" verteilten Flugblatt:

„Vielen Antifas, die sich seit Jahren gegen das COLLEGIUM HUMANUM (im folgenden CH) engagieren, und viel Kraft aufgewendet haben, Demos, Veranstaltungen und andere Aktionen vorzubereiten, war klar, daß eine Schließung des CH nur durch den Willen der Vlothoer Bürgerinnen und Institutionen möglich ist.

Aus unserer Sicht kommt momentan durch Ihr Engagement endlich die Bewegung in die Sache, die von Anfang an wünschenswert gewesen wäre. Hoffentlich dauert es nicht mehr lange, bis die Zentrale Bildungsstätte der extremen Rechten dicht ist."

Es handelt sich also um ein zielstrebig verfolgtes Anliegen der gewaltbereiten Linksextremisten, deren antidemokratische und volksaufhetzerische Parolen und auch Handlungen im Verfassungsschutzbericht alljährlich nachzulesen sind.

Diesen ist es nun gelungen, neben vielen Vereinen alle Schulen, alle Erwachsenenbildungseinrichtungen, deren es in Vlotho fünf gibt, sowie auch alle evangelischen Kirchengemeinden (sieben an der Zahl) wie auch den Stadtrat und sogar den Bürgermeister zu einer Großdemonstration zu mobilisieren unter der Parole „Gemeinsam gegen das COLLEGIUM HUMANUM".

Es ist schon erstaunlich, daß ausgerechnet in dieser Kleinstadt mit ihren zahlreichen, seit Jahrzehnten sich der politischen Erwachsenenbildung widmenden Einrichtungen die „Demokratie“ sich selbst enttarnt.

Gerade hier, wo man sich bemühte, den Gegensatz von Demokratie und Diktatur herauszuarbeiten, aktive Toleranz, kritisches Hinterfragen der Medienberichte und Dialogfähigkeit mit Andersdenkenden einzuüben, zeigt nun die Demokratie ihr wahres Gesicht.

Einer der bekanntesten Wissenschaftler – weil am häufigsten zitiert - **Noam Chomsky** kennzeichnet in seinem Buch **„Profit on People“** das Wesen der Demokratie, nachzulesen insbesondere auf den Seiten 54 - 80. Daraus zwei Zitate:

„Daß die Bevölkerung sich unterwerfen muß, wird nahezu unhinterfragt angenommen. In einer Demokratie haben die Regierten das Recht zuzustimmen, mehr aber auch nicht. In der Terminologie des modernen fortschrittlichen Denkens sind sie ‚Zuschauer‘. Aber abgesehen von der gelegentlichen Möglichkeit, zwischen Repräsentanten authentischer Macht zu wählen – keine ‚Beteiligten‘.“

„Diese Erläuterung zeigt die eigentliche Bedeutung der Lehre von der Zustimmung seitens der Regierten, sie müssen sich ihren Herrschern unterwerfen. Und dafür reicht es aus, daß sie zustimmen ohne einzuwilligen. ...

Die erstrangige Pflicht der Regierung sei es, so erklärte James Madison, die Minderheit der Wohlhabenden gegen die Mehrheit zu schützen, das ist (so Chomsky) bis heute das Leitmotiv des demokratischen Systems geblieben.“

Bisher wurde immer noch der schöne demokratische Schein gewahrt. Auch die Gerichte gaben sich einen letzten Anflug von Rechtsstaatlichkeit. Das wird nun alles über Bord geworfen. Es geht nicht mehr um nachgewiesene, eindeutig kriminelle Handlungen, jetzt wird das „Gedankengut“, eine „Ideologie“ verfolgt, und zwar von solchen, die uns persönlich völlig unbekannt sind. Aber sie wissen genau, was wir denken und in unseren Seminaren behandeln.

Sangen wir früher „Die Gedanken sind frei“, so bleibt heute nur die Gedankenpolizei. Eine Diktatur, ausgestattet mit Machtmitteln wie nie zuvor, hat das Mäntelchen Demokratie abgeworfen und tritt nun in ihrer ganzen Brutalität vor uns hin. Damit wird sie erkennbar und kann nun wirkungsvoll bekämpft werden.

Der Kleinstadt Vlotho gebührt der zweifelhafte Ruhm, die erste Kommunaldiktatur auf deutschem Boden zu sein, denn nach Angabe der Demonstrationsveranstalter haben alle Vereine, Parteien und Kirchen der Stadt sich dafür ausgesprochen:

Das COLLEGIUM HUMANUM muß weg.

Warum? Weil es deutsch denkt!

Mit Kerzen und Mineralwasser auf Stromausfall vorbereiten

Angesichts des Stromausfalls in Moskau hat das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) der deutschen Bevölkerung empfohlen, Vorsorge für den Fall eines ähnlichen Blackouts in Deutschland zu treffen. Zu den wichtigsten Vorsorgemaßnahmen gehöre das Anlegen eines Notvorrats mit Kerzen und Zündhölzern, Mineralwasser und Konserven sowie das Bereithalten eines batteriebetriebenen Radios und eines Kochgeräts, das auch ohne Strom funktioniere, betonte die Behörde am Mittwoch in Bonn.

Da auch viele Heizungen ohne Strom nicht funktionieren, empfehle es sich außerdem, genügend Decken im Haus zu haben, riet das BBK. Den Kommunen empfahl die Behörde, Notfallpläne für solche Ereignisse aufzustellen oder zu aktualisieren.

„Ohne elektrischen Strom sind die Großstädte und Metropolregionen moderner Gesellschaften schlagartig lahm gelegt, da fast jede Infrastruktur direkt oder indirekt von dieser Energie abhängig ist“, warnten die Experten. Schon kurze Ausfälle könnten heftige Auswirkungen auf Computer, Verkehrsleitsysteme und andere elektrische Systeme haben. Dauere der Stromausfall aber viele Stunden oder gar Tage, dann könne auch die Versorgung mit Trinkwasser und anderen wichtigen Gütern problematisch werden.

Unser Kommentar: Wie vorausschauend, daß schon vor ein paar Monaten die Notstandsgesetze aktualisiert worden sind, Lebensmittelkarten liegen auch schon bereit...

Anscheinend sind auch bei uns die Kraftwerke „völlig veraltet“. Wir dachten, das wäre nur bei den Amerikanern und Russen so!?

Dieter Greve

Liebe Leser!

Für eine Vielzahl von wichtigen Einsendungen, Zuschriften und anerkennenden Briefen möchte ich mich auf diesem Wege sehr herzlich bedanken. Es ist mir leider nicht mehr möglich, auf jede Sendung unmittelbar einzugehen.

Meine Aufgaben und Beanspruchungen haben nicht ab, sondern zugenommen. Das liegt nicht zuletzt an der Vielzahl der Prozesse, die alle etwas mit unserer Vereinsgründung VRBHV zu tun haben.

Aber seien Sie gewiß, Ihre verschiedenartigen Zusendungen freuen mich sehr und geben mir Kraft und Mut, weiterzumachen und durchzuhalten.

Ursula Haverbeck

Türkei warnt deutschen Bundestag

Unions-Antrag zur Verurteilung von Greueltaten an Armeniern kritisiert

Der türkische Botschafter in Deutschland, Mehmet Ali Irtemcelik, hat den Bundestag eindringlich vor einer offiziellen Verurteilung der Greueltaten an Armeniern im Osmanischen Reich vor 90 Jahren gewarnt. Ein entsprechender Antrag der Union verfolge den Zweck, die türkische Geschichte zu verleumden und die Beziehungen der Türkei zu Deutschland und der EU zu vergiften, sagte Irtemcelik gestern.

In dem Antrag kritisiert die Union, die Türkei bestreite bis heute, daß die Massaker von der osmanischen Regierung gewollt gewesen seien.

„Diese ablehnende Haltung steht im Widerspruch zur Idee der Versöhnung, die die Wertegemeinschaft der Europäischen Union leitet, deren Mitgliedschaft die Türkei anstrebt", heißt es in dem Antrag mit dem Titel: „Gedenken anläßlich des 90. Jahrestages des Auftakts zu Vertreibung und Massakern an den Armeniern am 24. April 1915 – Deutschland muß zur Versöhnung zwischen Türken und Armeniern beitragen". Der Bundestag solle sich dafür einsetzen, daß die Türkei sich mit ihrer Rolle gegenüber dem armenischen Volk in Geschichte und Gegenwart vorbehaltlos auseinander setze.

Irtemcelik warnte, eine Annahme des Antrags werden den Beziehungen zwischen der Türkei und Deutschland in einem Ausmaß schaden, der heute nicht absehbar sei. Es gehöre grundsätzlich nicht zu den Aufgaben von Parlamenten, ein Urteil über historische Ereignisse zu fällen.

Der Parlamentarische Geschäftsführer der Grünen, Volker Beck, begrüßte zwar den Antrag, warnte aber die Union davor, die Debatte zu nutzen, um gegen den EU-Beitritt der Türkei Stimmung zu machen. Er persönlich sei dafür, daß der Bundestag den Genozid als Völkermord anerkenne.

Auch die Gesellschaft für bedrohte Völker begrüßte den Vorstoß der Union. Es sei aber bedauerlich, daß in dem Antrag der Terminus „Völkermord" ausgespart werde.

entnommen Westfalen-Blatt, 21.04.2005

Supergau: Droht das Handyverbot?

Möglicherweise droht schon bald eine Welle von Strafanzeigen gegen Hersteller von Mobiltelefonen. Wie die Indel GmbH mitteilt, hat das **Amtsgericht Villingen-Schwennigen** gegen den Hersteller eines Experimentiergerätes einen Strafbefehl verhängt (8 Cs AK S7/05). Das Gerät, welches unter anderem dem Nachweis von Elektrosmog dient, ist nach der Auffassung der Staatsanwaltschaft Konstanz als „Invasives (eindringendes, die Red.) Medizingerät" einzustufen.

Beanstandet wird ein Skalarwellengerät, das laut Beschreibung technischen, physikalischen und biologischen Experimenten dient. Es hat eine Sendeleistung von circa 50 mW. Im Vergleich dazu ist bei einem Handy mit bis zu 3000 mW eine erheblich höhere biologische Wirkung zu erwarten.

Fiasko für Mobilfunk?

Was hat dies nun mit den Herstellern von Mobiltelefonen zu tun? Nun, nach den Angaben von Indel strahlen Handys in ihrem Nahfeld dieselben Wellen ab wie das beanstandete Gerät. Juristisch gesehen dürfen daher Mobiltelefone weder ans Ohr gehalten noch angefaßt werden, um nicht als invasives Medizingerät die CE-Zulassung zu verlieren.

Mit dem Strafbefehl wird weltweit erstmalig die schädliche Wirkung von Elektrosmog durch die deutsche Justiz eingeräumt und der von offizieller Seite vertretenen Auffassung widersprochen, nach der eine derartige Strahlung weder existiert noch biologisch oder medizinisch wirksam sei.

Hayo Lücke

US-Mikrowellenkanone gegen Aufständische und Demonstranten im Test

Nach und nach entpuppt sich der Irak-Krieg als gigantisches Experimentierfeld für Washingtons Rüstungsindustrie. Wie die **US-amerikanische Militärzeitschrift Stars and Strips** in ihrer aktuellen Ausgabe berichtet, sollen bis zum kommenden Sommer vier bis sechs neuartige Strahlenkanonen in das besetzte Land geschaft werden. Auf Geländewagen montierte Antennen werden dort bei Bedarf Mikrowellen mit einer Frequenz von 95 Gigaherz abstrahlen, die knapp einen Millimeter in die Haut eindringen. Eingesetzt werden soll die neue Wunderwaffe gegen Demonstranten und Aufständische. Von den Strahlen getroffen, verspürten die einen unerträglichen Schmerz und liefen auseinander. Gesundheitlich sie dies völlig ungefährlich, wie Militärs versichern. Soweit die Theorie. Die Praxis könnte anders aussehen.

Tatsächlich verfügt das „Büro für eine Transformation der Streitkräfte" der US-Armee über keine Langzeit-

Fortsetzung Seite 20

Seminare im COLLEGIUM HUMANUM

Für das zweite Halbjahr 2005

12.-14. August

Die Wirtschaft – unser Schicksal? (Fortsetzung)

Hitler war an allem Schuld –sogar an Hartz IV!

2. - 4. September

Erkenntniswissenschaftliche Grundlagen der anthroposophischen Geisteswissenschaft

mit Prof. Dr. L. Udert

23.-25.September

Denkschule Teil III

Denkübungen mit Hegelschen Texten

Die Seminare „Denkschule“ bauen zwar aufeinander auf, werden jedoch so angelegt, daß jederzeit ein Einstieg möglich ist. Ausgehend vom berühmten Satz des René Descartes „Ich denke, ich bin“, haben wir uns gemeinsam hineingedacht in unser Eingebettetsein in Volk und Gott. Dabei wurde deutlich, daß Denken tatsächlich das am meisten gebrauchte, jedoch auch das unbekannteste „Werkzeug“ ist. Der Referent, Horst Mahler, legt den Denkübungen die Phänomenologie des Geistes von G.W.F. Hegel zugrunde.

29.-30. Oktober

Warum wurde das von Adolf Hitler geführte Deutsche Reich von den Westmächten zusammengeschlagen?

Dieses Seminar findet in Mosbach / Thüringen statt. Es wendet sich insbesondere an junge Menschen in Mitteldeutschland und ihre Fragen.

11.-13. November

Mitgliederversammlung des VRBHV

Berichte über die Prozesse und die bisher bereits vorliegenden Urteile.

Bedeutung des Feldzuges gegen die Offenkundigkeit des Holocaust im Lichte neuer Erkenntnisse

Samstag Abend Vortrag oder Filmvorführung je nach Bedarf

2.-4. Dezember (2. Advent)

Mitgliederversammlung des Vereins COLLEGIUM HUMANUM

Thema: Die gegenwärtige Situation der Landwirtschaft. Samstag Abend: Neue germanische Medizin nach Dr. Hamer.

Bitte für alle Veranstaltungen rechtzeitig das genaue, detaillierte Programm mit Anmeldeblatt anfordern. Eine Anmeldung ist allerdings auch jetzt schon möglich, während die Programme erst etwa 2-3 Wochen vor der jeweiligen Veranstaltung fertiggestellt werden, aufgrund unvorhergesehener, notwendig zu behandelnder Ereignisse.

Die Mitgliederversammlungen finden jeweils mit ihren Regularien am Sonnabendnachmittag zwischen 15 und 18 Uhr statt.

studie, die über gesundheitliche Folgeschäden Aufschluß gibt. So geht es dann auch im Irak nicht um den Einsatz „humaner" oder „nichttödlicher" Waffen, sondern um systematische Feldversuche. Darstellungen der Entwickler über die Unbedenklichkeit der Systeme sind keinen Pfifferling wert. Schließlich wurde auch zu Beginn des Vietnamkrieges versichert, daß der Einsatz des Entlaubungsmittels Agent Orange völlig unbedenklich sei. Doch bis heute werden in Vietnam durch die Verseuchung mißgestaltete Kinder geboren. Kein US-amerikanischer Militär wurde dafür je zur Verantwortung gezogen.

Wie damals in Vietnam nutzt die nationale Rüstungsindustrie die US-Gewaltherrschaft im Irak für Menschenversuche. Wie Stars and Stripes in einem Nebensatz erwähnt, sind bereits jetzt zahlreiche weitere sogenannte nichttödliche Waffen mit akustischer und optischer Wirkung im Irak im Einsatz. Bestehen sie die „Probezeit" nicht, wird die Öffentlichkeit wohl erst in Jahren oder Jahrzehnten über die Folgen informiert. Spätestens dann, wenn keiner der Verantwortlichen mehr belangt werden kann.

entnommen: www.jungewelt.de

Qualität von Medien

Wir sind nichts als Prostituierte

John Swainton, langjähriger Herausgeber der New York Times – also einer, der es wissen müßte – sagte folgendes auf einem Bankett: „Eine freie Presse gibt es nicht. Nicht ein einziger unter Ihnen würde es wagen, seine Meinung ehrlich und offen zu sagen. Das Gewerbe eines Publizisten ist es vielmehr, die Wahrheit zu zerstören, geradezu zu lügen, zu verdrehen, zu verleumden, zu Füßen des Mammon zu kuschen und sich selbst und sein Land und seine Rasse um des täglichen Brotes willen wieder und wieder zu verkaufen. Wir sind Werkzeuge und Hörige der Finanzgewaltigen hinter den Kulissen. Wir sind die Marionetten, die hüpfen und tanzen, wenn sie am Draht ziehen. Unser Können, unsere Fähigkeiten und selbst unser Leben gehören diesen Männern. Wir sind nichts als intellektuelle Prostituierte."

J. Heinze, München

entnommen Zeitschrift „Schrot und Korn"

Bezug der „Stimme des Gewissens"

Lebensschutzinformation - LSI

Wer sich regelmäßig über Lebensschutzfragen unterrichten möchte, erhält bei Rücksendung dieses ausgefüllten Abschnittes und einer Mindestspende von EUR 17,- als Dank die „Stimme des Gewissens" für ein Jahr zugesandt.

Ich ______________________________
(Name)

____
(Anschrift)

habe EUR ____________ überwiesen und bitte um Zusendung der STIMME DES GEWISSENS.

____
(Datum) (Unterschrift)

Bitte rücksenden an:
Collegium Humanum e.V.
STIMME DES GEWISSENS
Bretthorststraße 204
32602 Vlotho.

Kopieren Sie bitte Ihnen wichtig erscheinende Beiträge. Geben Sie sie weiter an Freunde und Interessenten! Quellenangabe erwünscht!

Werben auch Sie fördernde Mitglieder für den Verein Collegium Humanum und neue Leser für die STIMME DES GEWISSENS!



Abdruck mit Quellennachweis erwünscht.

Herausgeber, Verleger: Collegium Humanum e.V. (vormals WSL-D), Bretthorststraße 204, 32602 Vlotho, Telefon: 05733 / 73 30
Bankverbindung: Volksbank Bad Oeynhausen, Kto.-Nr. 7815556300 (BLZ 494 900 70)
IBAN: DE 37 4949 0070 7815 5563 00 - BIC: GENODEM 1HFV
Bezugsgebühr: jährlich 17,- EUR. Erscheint 6 x jährlich (alle 2 Monate)
Druck: DEPPE-DRUCK GmbH, Herforder Str. 40, 32602 Vlotho, Telefon: 05733 / 87 18-250, Fax: 05733 / 87 18-255
Jeder Autor zeichnet für seinen Beitrag selbst verantwortlich. In einem demokratisch verfaßten, eingetragenen Verein gibt es keinen Zensor.